

Die „Volksstimme“
erschien in der Zeit
und ist durch die
Ergänzung, Reue, Gruppierung, u. a.
mit durch die Ergänzung zu bestehen.
Preis vierteljährlich 2.50, halbjährlich 4.50,
jährlich 8.00, pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.50, halbjährlich 4.50,
jährlich 8.00, pro Woche 20 Pf.
Die Post am Ort, 2.50, halbjährlich 4.50,
jährlich 8.00, pro Woche 20 Pf.

Volksstimme

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Aufträge
betreffend die Ausgabe
des „Volksstimme“
für den Monat April
1910
15 Pfennige
Auswärtige 25 Pfennige
Separate für die nächste Nummer
müssen bis zum 1. April in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 96.

Dienstag, den 26. April 1910.

21. Jahrgang.

Die Veteranen.

Der Reichstag beriet am Sonnabend die verschiedenen Anträge zu Gunsten der Kriegsteilnehmer. Darüber, daß etwas geschehen müsse, war man sich einig. Ueber das Maß der Hilfe aber, und noch mehr über die Beschaffung der Mittel, gehen die Ansichten weit auseinander. Die Anträge der Rechten wollen die Deckung durch die Wehrsteuer schaffen, während der fortschrittliche Antrag durch Herabsetzung der Viebesgabe für die Schnapsbrenner die Mittel für die Veteranenfürsorge gewinnen will. Schatzsekretär Bernuth erklärte unter dem Beifall der entschiedeneren Linken die Wehrsteuer, unter dem Beifall der Rechten und des Zentrums die Herabsetzung der Viebesgabe für unannehmbar. So kommt denn für die von allen Seiten mit Sympathiebezeugungen überhäufteten Veteranen, die der Prinz Schönaich-Carolath mit der Verzinsung in die preussische zweite Wirtsklasse bezeichnen will, nichts anderes als können auch fürderhin auf der Orgel im Zentrum das schöne Lied singen: „Was ich bin, und was ich habe, danke ich dir, mein Vaterland“, es sei denn, daß der Reichstag dem Rat des Abgeordneten Paulus folgt und nach manufakturischem Muster bei den Industriekapitänen und Handelsfürsten zum Besten der Veteranen mit dem „Mittelbeutel“ herumgeht. An schönen Worten, wie gesagt, fehlte es nicht. Leider nützen diese den Veteranen ebensowenig wie der heilige Schönaich-Carolath vom Jahre 1901, vor genügender Versorgung der Kriegsteilnehmer keine überflüssigen Kolonialausgaben bewilligen zu wollen, selbst wenn dieser Schönaich gehalten worden ist. Genosse Schönaich forderte kräftig und einbringlich die bürgerlichen Parteien auf, endlich einmal Ernst zu machen und Taten hinter die Worte zu setzen. Entgegen der abernern Behauptung des Dr. Mendt, daß die Sozialdemokratie die Einmütigkeit der Parteien in dieser Frage führe, verzichtet vielmehr unsere Fraktion im Interesse der Einmütigkeit auf alle noch so berechtigten Erweiterungsanträge mit einziger Ausnahme des Antrags, die Unterstützungssumme pro Veteran von 120 auf 150 Mark zu erhöhen. Genosse Schönaich leuchtete auch gründlich dem edlen Reichsverbandsgeneral von Diebert heim, der sich wieder einmal über die Beiträge der Gewerkschaften aufgeregt hatte. In der zweiten Lesung, die sich gleich an die erste Lesung anschloß, wurde der Antrag unserer Fraktion auf Erhöhung der Unterstützung abgelehnt. Außer unserer Fraktion stimmte nur noch der süddeutsche Volksparteiler Wieland dafür. Sonst wurde die Veteranenfürsorge mit dem Zusatz beschlossen, daß sie am 1. Mai 1910 in Kraft treten soll. Die Deckungsanträge fielen alle beide, nämlich die Herabsetzung der Viebesgabe gegen Freistimmige und Sozialdemokraten, die Wehrsteuer gegen Nationalliberale und Konservativ.

Die schwarze Bande und die Polizei im Parlament.

Die Geschäftsordnungscommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat mit zehn Stimmen des Zentrums und der Konservativen gegen vier der Nationalliberalen, Freistimmigen und Posener den berichtigten Paragraphen angenommen, der den Präsidenten und die Mehrheit berechtigen soll, unbecommene Verkländer der Wahrheit mit Polizeigewalt auf die Straße zu setzen. Herr von Fallenhahn, der würdige Träger eines in Oesterreich berühmten Namens — ein Fallenhahn war es auch, der den Einbruch der Polizei in das Wiener Parlament und damit indirekt den Sturz der Regierung Badeni herbeiführte — gab für das Polizeiministerium die Erklärung ab, daß dieses bereit sei, Herrn von Kröcher keine Hilfe zu leisten; der Präsident brauche nur zu telephonieren, und sofort werde ein Polizeileutnant mit einigen Schutzeinheiten im Lokal erscheinen, um die widerspenstigen Volksvertreter an die Luft zu befördern. Obendrein könnten widersprechende Abgeordnete wegen Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt belangt werden. So verlangt es die Würde dieses Hauses, und so soll es in Zukunft gehalten werden. Die Befürworter dieses Alles geschäftiger Parteilichens schufen sich auf das Beispiel des französischen und ganz besonders des englischen Parlaments, wo gesetzlich Abgeordnete wegen ruhestörenden Betragens von den Sitzungen ausgeschlossen werden können und wo sogar eigene Parlamentswachen vorhanden sind, die unter der Leitung des Präsidenten für die Ordnung im Hause zu sorgen haben. Mit dem gleichen Recht könnte sich ein innerafrikanischer Kamibale auf europäische Vorbilder berufen, weil er sich des Messers und der Gabel bedient! Die Parlamentswachen Englands und Frankreichs sind nicht die bewaffneten Hülfslorps einer übermächtigen Mehrheit, sondern ein Symbol der Volkssouveränität, die durch die Volksvertretung repräsentiert wird. Bedeutung und Macht des Parlaments treten durch sie in den Vordergrund. Man schaffe in Preußen ein Parlament, das auf englischem oder französischem Muster beruht, man gebe diesem Parlamente die Macht, die

das englische und das französische Parlament besitzt, und dann führe man gekroft eine Parlamentswache ein, die die Ordnung und Sicherheit der gesetzgebenden Versammlung nach innen und nach außen zu schützen berufen ist. Aber das will man ja gerade nicht, sondern man ruft die Polizei zur Hilfe gegen Volkssouveränität und gegen Parlamentarismus.

Wenn man die Beorderung eines Polizeileutnants in das Abgeordnetenhaus mit dem Vorbilde des englischen Sergeant-at-Arms zu rechtfertigen sucht, so wird man damit in England nur Gerechtigkeit oder Entrüstung hervorrufen. Der englische Sergeant-at-Arms ist ein hoher Beamter des Hauses, der dem Speaker, dem Präsidenten, unterstellt ist; der Speaker selbst aber ist eine völlig unparteiische, bloß auf Wahrung der Würde und der parlamentarischen Gerechtigkeit bedachte Persönlichkeit. Es ist üblich, in dem Kreis, in dem der Präsident des verflochtenen Hauses kandidiert, seinen Gegenkandidaten aufzustellen, um den Speaker nur ja nicht in die Kämpfe der Parteien zu verwickeln. Daß ein Mann von den Eigenschaften des Herrn Jordan von Kröcher in England Parlamentspräsident werden könnte, ist also etwas völlig Unmögliches. Der Präsident wird auch keineswegs regelmäßig aus den Reihen der stärksten Partei genommen, so versteht jetzt der konservative Mr. Lowther zum zweiten Male in einem liberalen Parlament sein hohes Amt. Keine herrschende Mehrheit darf hier daran denken, ihre Macht zu mißbrauchen, denn in kurzer Zeit könnte sie, zur Minderheit geworden, mit den Feinden geächtet werden, die sie selber geschohten hat. In England gibt es keine unerschütterliche konservativ-liberale Mehrheit und keine hoffnungslose sozialdemokratische Minderheit, wie sie in Preußen vorhanden sein wird, so lange das Dreiklassenwahlrecht besteht.

Auf Befehl des Speakers kann nun freilich der Sergeant-at-Arms nicht nur Abgeordnete aus dem Saale entfernen oder ins Gefängnis abführen, sondern er kann auch jede Person in den vereinigten Königreichen, die den Privilegien des Parlaments zu nahe getreten ist, verhaften und dem Parlament vorführen, wo der Webediater sein Urteil fällen zu empfangen hat. So will es das alte Gewohnheitsrecht, das selbstverständlicher Weise seit unvorstelligen Zeiten — u. a. m. — in Anwendung gelangt ist. Die eleganten Räume im Glockenturm des Parlamentspalastes, die als „Gefängnis“ bezeichnet werden, haben seit Jahrzehnten keinen Bewohner mehr gesehen, und seit den Tagen Warren Hastings im achtzehnten Jahrhundert ward auch kein Angeklagter mehr vom Sergeant-at-Arms auf die Knie niedergezwungen. Vielleicht aber, wenn man schon dabei ist, empfiehlt sich die Anwendung dieses schönen Brauchs auf preussische Dreiklassenhausbelebiger!

Genug, der Sergeant-at-Arms ist heute nichts weiter als eine Allegorie, die ihren Reiz verloren hat, weil die Macht des englischen Parlaments längst unangefastet besteht. Der Polizeileutnant aber, der in Berlin mit der Würde des parlamentarischen Hauschmeißers beiraunt werden soll, ist höchst lebendige Wirklichkeit, und er soll auch nicht die Macht des Parlaments verkörpern, sondern bloß die Macht der regierenden Junkerkaste, die mit Hilfe eines schändlich-büßfertigen Wahlrechts das Parlament beherrscht und jeden Angriff auf ihre widerrechtliche Stellung mit brutaler Gewalt niederzuschlagen geteilt ist. Zu diesem Zweck muß ja auch das Reichsstrafgesetzbuch, das die von der Mehrheit beabsichtigten Handlungen als zu schimpflich und unwürdige Verbrechen brandmarkt, hinweginterpretiert werden. Solche gewissenlose Mißachtung von Gesetz, Recht und Billigkeit ist nicht englisch und nicht französisch, sie ist auch nicht deutsch, sondern sie ist preussisch.

Die wahrhaft preussischen Männer um Oldenburg unterscheiden sich kaum noch durch einen dünnen Strich von den wahrhaft russischen um Purischlewitsch, und wie in der russischen, so ist auch in der preussischen Duma eine schwarze Bande, die fast vor nichts mehr zurückweicht, ihr dummes Handwerk. Inmitten dieser anrüchlichen Gesellschaft sehen wir aber die würdigen Herolde von Wahrheit, Freiheit und Recht, die Herren vom „demokratischen Zentrum“. Kommt es wirklich dazu, daß die Polizei ins preussische Abgeordnetenhaus einbricht, um die einzigen Volksvertreter, die einzigen Verfechter eines demokratischen Parlamentarismus aus dem Saale zu schleifen, so wird man es den Deuten danken, die Herr von Kröcher die „insamigsten Jesuiten“ nennt, und die nun in Herrn von Kröchers Dienste bestrebt sind, sich diesen parlamentarischen Ehrennamen nach Kräften zu verdienen!

Politische Uebersicht.

Die Aussichten der preussischen Wahlreform.

Alle großen Organe der maßgebenden politischen Parteien haben sich nunmehr zu dem Stand der preussischen Wahlreform geäußert. Und was da zu Tage gefördert wurde, ist Pessimismus in höchster Potenz. Auf keiner Seite ist irgend welche Neigung für das Monstrum zu spüren, das aus der Kommissionsverhandlungen des Herrenhauses hervorging. Dabei hat man noch nicht einmal berücksichtigt, daß

eigentlich gar keine Mehrheit im Herrenhaus für die Vorlage vorhanden war; denn in der Kommission stimmten einige gegen ihre Uebersetzung nur deshalb den Beschlüssen zu, um überhaupt etwas Positives an das Plenum zu bringen.

Dem schwarz-blauen Bloß gehen die Beschlüsse der Herrenhaus-Kommission wider den Strich, weil sie den nationalliberalen Wünschen allzuviel Rechnung tragen. Die „Politik“ erklärt mit eigenen Worten, daß die Beschlüsse für das Zentrum unannehmbar seien. Die Fraktion habe gar keine Veranlassung, von dem im Abgeordnetenhaus eingenommenen Standpunkte zurückzuweichen. Um so weniger, angesichts der Haltung des Herrn v. Bethmann-Hollweg, welche nicht klar erkennen lasse, ob er die Vorlage selbst zum Scheitern bringen oder den Versuch machen will, die Abgeordnetenmehrheit zugunsten der Nationalliberalen zu spalten. Noch gütlicher spricht sich die „Germania“ gegen die Regierung und gegen die Beschlüsse des Herrenhauses aus. Die Beschlüsse des konservativ-liberalen Bloßes seien der Regierung durchaus nicht unannehmbar, nur die Mehrheit selbst gefalle ihr nicht. Und das Blatt sagt weiter: „Unter Unglück ist, daß die Regierung sich nicht aufschwingen kann zu der Aufschauung, daß die Stimmen der Parteien, die auf den Boden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung stehen, parlamentarisch gleichwertig und gleichberechtigt sind; daß man an dem beleidigenden Vorurteil festhält, daß das Zentrum keine erstklassig-berechtigte Partei und seine Stimmen minderwertig seien.“

Die Abgarrler wollen hinter den Schwarzen nicht im Hintertreffen bleiben. Dziel wird in der „Reichs-Zeitung“ außerordentlich massiv. Er warnt den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg sehr nachdrücklich, „den Spuren des Herrlichen Blöws zu folgen“, d. h. allzugroßes Gewicht auf die Nationalliberalen zu legen. Er verlangt, daß, wenn der schwarz-blaue Bloß nicht verlagert ist, sich Bethmann-Hollweg ihm auch mit Haut und Haaren verschreibt, und will, daß der Reichskanzler nicht, dann — ja dann geht ihm wie Blöw.

Ganz so deutlich werden die Konservativen nicht. Die „Kreuzzeitung“ meint im Anschluß an die Erklärung der „Konservativen Korrespondenz“, obwohl die Beschlüsse der Herrenhauskommission rein formaler Natur seien und im Plenum höchst wahrscheinlich nicht aufrecht erhalten würden, seien die Aussichten, daß das Gesetz in irgend einer Form eine Mehrheit in beiden Häusern des Landtags findet, heute geringer als je. Angesichts der Gruppierung der Parteien sei übrigens kaum etwas anderes zu erwarten gewesen.

Daß die Liberalen der Vorlage in der jetzigen Form nicht zustimmen, ist bekannt. Die Regierung gibt aber die Hoffnung auf ein schließliches Gelingen noch nicht ganz auf. Der Pessimismus in den maßgebenden Parteien ergibt ihr verfehlt und über ihre eigenen Absichten läßt sie die „Nordd. Allg. Ztg.“ verstanden:

„Die Staatsregierung wird sich jedenfalls noch weiter bemühen, ein annehmbares Ergebnis der zweiten Sitzung im Herrenhaus herbeizuführen. Dabei wird sie sich wie bisher nur von dem sachlichen Interesse leiten lassen, das darin besteht, die Reform in einer Gestalt zu verwirklichen, die offensbare Mängel der Dreiklassenwahl beseitigt oder mildert und die daher Dauer verpricht. Dieser Gesichtspunkt ist in aller Ausführlichkeit, die der Ministerpräsident im Laufe der Beratungen gemacht hat, so deutlich erkennbar, daß es nicht verständlich ist, wie man in seinen Erklärungen vor der Kommission des Herrenhauses Abneigung oder Vorliebe für einzelne Parteien hat erbliden wollen. Es ist auch nicht richtig, daß, wie noch ganz neuerdings in einer sonst zutreffenden Betrachtung behauptet ist, der Ministerpräsident bei seinem Vorgehen im Herrenhaus die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus oder deren Veränderung im Auge gehabt hätte; vielmehr war und ist es lediglich auf eine ihm sachlich als zweckmäßig und notwendig erscheinende Aenderung der Wahlrechtsvorlage selbst gerichtet. Herr v. Bethmann-Hollweg hat die Wahlreform in keinem Stadium als Parteifrage behandelt. Zu einem guten Ende wird sie auch nur dann geführt werden können, wenn es noch gelingt, die Parteinteressen hinter die sachlichen Ueberlegungen zurückzulassen und Herrenhaus und Abgeordnetenhaus auf der Grundlage zusammenzuführen, die der Ministerpräsident bezeichnet hat.“

Es ist aber kaum zu erwarten, daß der Gesekentwurf eine Form bekommen kann, die ihm eine größere Mehrheit im preussischen Landtage verschaffen könnte. Die große Masse des preussischen Volkes würde dem Scheitern der Vorlage keine Träne nachweinen; denn die Regierung eines Bethmann-Hollweg wird nicht in der Lage sein, dem Drängen des Volkes nach einer Reform für die Dauer Widerstand entgegenzusetzen.

Der freistimmige Rektor.

Herr Kopisch, der Merkwürdiger, der mit unheimlichem Mut und noch unheimlicherem Mundwerk durch die Lande zieht, hat nunmehr auch bei den Nationalliberalen und den Zentrumsleuten ins Fettnäpfchen getreten. Das national-liberale Blatt von Tschob gibt ein anschauliches Bild von dem Auftreten des wackeren Kämpfers in einer hütigen Versammlung. Herr Kopisch sprach, nachdem der Abg. Hoff geendet — und über diesen Akt berichtet das Blatt:

„Und nun Herr Kopisch! Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein! Niemand konnte er wärmerer Liebe finden, als wenn er die politische Einigkeit des Volkes rühmte. Diese Verehrung der politischen Einigkeit der Masse widerspricht aber aufs Schrecklichste der Rede desselben Herrn Kopisch. Er ging nämlich fortwährend die Intelligenz der Wähler der drei größten Parteien durch. Die Wähler der Konservativen? Nein! es ist klar, das ist nach ihm nicht ein solches Stimmgießer. Die Wähler des Zentrums? Darüber seien wir wohl alle einig. Das sind die hundertprozentigen Schale der römischen Pfaffen, die sich setzen, ob die Schwärzen Führer nach rechts oder nach links führen. Und die Wähler der Sozialdemokratie? Auch diese drei Millionen sind nach der Rede Kopischs einflusslos und irrig, denn sie erkennen ja nicht, daß sie durch die prinzipielle Negation der konservativ-liberalen Reaktion führen. Also all die Millionen der konservativ-liberalen Partei sind nicht mehr oder minder bedroht und unbedeutend minderwertig.“

Herr Hoff dankte freundlich für den Beifall zu Anfang seiner Rede. Herr Kopisch nahm Platz wie ein bewährter Redner die

Qualitäten an Beginn seiner Rede ohne eine Wiener des Dankes an Selbstbewußt empfand er diesen Zeitpunkt als in die letzten Erlebnisse...

Wenn es so über den freisinnigen Löwen hergeht, dann trägt natürlich auch Herr Meise von der 'Meißner Zeitung' kein Schmittchen herbei...

Was tat damals Herr Kopsch, als ihm, wie man zu sagen pflegt, das Wasser über den Hals lief? Es wandte sich an den Abgeordneten Erzberger...

Denen haben wir keine Ursache mehr, auf diese Wahlplakate gering zurückzuführen; heute gibt es keine Abgeordneten, aber auch keine Zeitung...

Ja, lieber Kopsch — wer mit dem Zentrum Geschäfte macht, muß allemal gewärtig sein, daß die ganze Schmiere von den Pfaffen ans Licht gezogen wird...

Rein Kaligefetz ohne Tarifverträge. In der Sonnabendung der Kalikommission stand ein sozialdemokratischer Antrag zur Beratung...

Die gefättigten Pastoren. Neben der Pflege der Hjerde und der Förderung der Polizeihundbedürfnisse läßt sich das Preussische Abgeordnetenhhaus nichts so...

Ich angelegen sein, als die Zufriedenstellung der himmlischen und weltlichen Genbarmerie, während man für die weltliche Genbarmerie Berlins mit dem Klingelbeutel herumgeht...

Bethmann-Hollweg entschuldigt sich. Es war in der bürgerlichen Presse überliefert worden, daß die Versicherungsordnung im Reichstage nur durch einen Ministerialbeamten vertreten wurde...

Die Kommission des Reichstags zur Vorberatung einer Reichsversicherungsordnung ist sich aus folgenden Abgeordneten zusammensetzen: Konservative: Dr. Richter, Pauli (Pöschel)...

Wahlprotest. Gegen die Wahl des Abgeordneten Koch an (natl. in Ostpr.) ist von konservativer Seite Protest eingeleitet worden...

Keine 4. Klasse in Baden. Die Badgenkommission des badischen Landtages lehnte einstimmig eine Forderung der Regierung...

Das geliebte arbeiterfreundliche Zentrum. Nach stürmischer Debatte wurde in der bayerischen Abgeordnetenversammlung folgende vom Zentrum vorgelegene Resolution angenommen...

Abstimmung wurde diese Resolution mit 29 gegen 20 Stimmen angenommen. Sozialdemokraten und Liberale stimmten dagegen.

Die Bremer Lehrervereinigung nimmt immer handlichere Formen an. Am Sonnabend wurde die Frau des in Jugendschwanghaft genommenen Genossen...

Eine Gumpfpflanze eingegangen. Der reichsverbandliche reichsvereine Verein in Aue (Erzgebirge) hat angefordert zu existieren...

Aus dem sächsischen Landtage. Die sozialdemokratische Fraktion gab Freitag im Landtag zu dem Staatskapitel 'Zivilisten und Apatagen' folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion wird gemäß ihren Grundgedanken in Uebereinstimmung mit ihren programmatischen Forderungen gegen dieses Kapitel stimmen...

Ausland

Erzesse gegen die Pariser 'Humanite'. Sonnabend Abend 11 Uhr drang ein Haufen von Demonstranten in die Räume des 'Battes Humanite' ein...

Proteste gegen die Finnlandspolitik des Zaren. In der Petersburger Zeitung 'Neski' aus London telegraphiert wird, arbeiten die Handelskammern in Leeds, Hull, Glasgow, Edinburgh...

Revolution in China. Der 'Newport Herald' bringt aus Peking längere Depeschen über die Revolution in China. Die Wohnung eines Richters wurde von den Revolutionären angegriffen...

Noland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (B. Saring.)

Barth Kuhlmeier blies wieder Luft aus den hiesigen Reden. Haben sie schon ehe die Hände gewaschen! Pah! das ist ja und vernagt sich...

'Alle zehntausend Leute, der wird auffahren!' 'Da des Senkers Datt, das Klingt lustig!' rief der Wirt, und ward ganz feix, wie die andern auch...

Vergeltung! Rache! rufft er, Freiheit! Nieder mit den Tyrannen! Tausende schreien's mit und machen Euch Augen, davor der Wurm sich verkrümelt...

Der Gouverneur hat nämlich vor mehreren Tagen die Ausübung dieses Amtes auf das strengste untersagt, weshalb die englischen und japanischen Handelsleute durch die Gefandtschaft in Peking Protest erhoben. Man verfuhrte das ganze diplomatische Korps für den Protest zu gewinnen, aber die deutsche und die amerikanische Gefandtschaft wehrten sich, um Protest sich anzuschließen. Daraufhin richteten die in Peking und die japanische Gefandtschaft eine Reklamation an den Minister des Auswärtigen und baten ihn um Unterstützung in dieser Angelegenheit.

Partei-Angelegenheiten.

Quittung.
Im Monat März gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein:
Altona, sozialdemokr. Verein des 8. und 10. Schleswig-holst. Wahlkreises, 4. Quartal 09 2244,62. Berlin-Grieh, a. Konto seiner Wahlkreise 10.000. Berlin, diverse Beiträge: 77.000. Buchh. d. S. K. D. B. 7. —. Bern 50. —. Coburg, Wahlkreise für 1909/10, 1. Rate 50. —. Dessau-Land, 6. Wahlk. Kreis, a. Konto seiner Beiträge für 1909/10 2000. —. Dresden, 5. Wahlk. Kreis, a. Konto der Beiträge für 1909/10 1000. —. Falkenberg (Ober-Sachsen) 3. —. Friedrichshagen, Uckerich, 6. Marktan von der Genossenschaftsbräuerei 4,75. Guben, Beitrag des Wahlkreises Guben-Rüben 100. —. Güttingen, 12. hannov. Wahlk. 2. Halbjahr 1909 110,80. Granitz 150. —. Hamburg, 1. Wahlkreis 8000. —. Hamburg, 2. Wahlkreis 7000. —. Hamburg, 3. Wahlkreis 10 000. —. Jülich, sozialdemokr. Zentral-Wahlverein des 5. Schleswig-holst. Wahlkreises 295 44. Köln a. Rh. Reg.-B. 20. —. Lichtenberg, für den Wahlrechtskampf v. M. St. 8. —. Mege, M. S. 10,08. Melle-Diebold, 5. hannov. Wahlk. 43,42. Merane, 17. Wahlk. Kreis 1. Quart. 1910 125. —. München, Gau Nordbayern, 4. Quartal 1909 2734,23. Nordhausen-Grafschaft Hohenstein, sozialdemokr. Verein, 2., 3. und 4. Quartal 09 272,10. Ober-Schlesien, Uckerich, einer Kranzende b. Caates 25/27 Gummifabrik der A.-G.-b. 33,40. Oberrohna, sozialdemokr. Verein d. 15. Wahlk. Reichstagswahlk., 4. Quart. 09 450. —. Plauen i. V., C. B. —. Ransow, Uckerich, d. Marktan v. b. Arb. der Firma Giese 19,45. Rom, Bb. v. W. 20. —. Rixdorf, gesammelt bei der Geburtstagsfeier des Genossen K. 1,20. Saaraemünd-Forbach, sog. Kreisverein, 2., 3. und 4. Quartal 09 14,94. Stettin, Provinz-Banner 4. Quart. 1909 931,20. Stuttgart, C. U. —. Tübingen, Sozialdemokr. Verein, 1. Quart. 1910 10,80. Weimar, 1. Quart. 09 50. —. Berlin, den 12. April 1910.
Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Für die Gemeindevertreter. Bei den in den letztvergangenen Wochen stattgehabten Kommunalwahlen ist es in vielen Gemeinden gelungen, Mitglieder unserer Partei als erste in die Verwaltungen zu senden, oder aber die Zahl unserer Vertreter zu vermindern. Jetzt gilt es, die neuernannten Gemeindevertreter durch Anregungen zu unterstützen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu orientieren, was in anderen Gemeinden verläuft und erreicht wurde und daraus Material zu schöpfen für die eigene Tätigkeit. Diesem Zweck dient die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Berlin E.M. 68 erscheinende „Kommunale Praxis“ wöchentlich für Gemeindepolemik und Kommunalpolitik. Da jetzt ein neues Quartal begonnen hat, ist gegenwärtig der geeignetste Termin zum Abonnement dieser wertvollen Zeitschrift. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 3 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Kolportage und Postanstalten entgegen. Wer die „Kommunale Praxis“ noch nicht kennt, verlange Gratisbeilage einer Probe Nummer vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin E.M. 68.

Friedrich Wunte, der im Jahre 1889 zu den sogenannten Kaiserdelegierten der Arbeiter gehörte, ist am Donnerstag in Dortmund gestorben. Wunte ist in den letzten Jahren nicht mehr öffentlich hervorgetreten. Bei den Streiks der Arbeiter in den Jahren 1889 und 1893 übte er zu den leitenden Führern. Einige Jahre hat er dann an der Spitze des Verarbeiterverbandes gestanden. Es war eine stürmische Zeit, als er in den ersten Neuen Sand und mehrere Monate Gefängnis hat ihm die Massenjustiz publiziert. In den 90er Jahren wurde er von den Parteigenossen zum Vertrauensmann des Kreises Dortmund-Orde gewählt.

Waisener in Belgien. Aus Brüssel wird gemeldet: Die Sozialisten treffen bereits allenthalben Vorbereitungen für die Waisener. In verschiedenen Provinzialstädten sind große Demonstrationen in Gestalt von Umzügen und Versammlungen vorgesehen.

Die Pariser Arbeiter wollen, nach bürgerlichen Meldungen, während der Wahlwoche am 1. Mai gleich ihren Berliner Kollegen einen Wahlparatergang machen. Sie haben die Ober ausgegeben, in diesem Jahre nicht, wie gewöhnlich, auf dem Place de la Republique zu demonstrieren sondern am Nachmittage im Bois de Boulogne sich zu vereinigen, wo nach einem Marsch durch die Alleen eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden soll.

Arbeiterbewegung.

Die Maler in Ungarn sind in den Ausstand getreten. Vor Zugung wird gewarnt.
Die Lohnbewegung in der Agnetendorfer Holzwarenfabrik von D. Keil hat den dort beschäftigten Drechslern einen sehr schönen Erfolg gebracht. Die Akkordreise wurden um 10 Prozent erhöht, die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden täglich festgesetzt. Neben anderen neuverordneten Vergünstigungen ist auch die Einführung des Arbeiterausstandes zu erwähnen. Auch in den zurückgelassenen Gegenden bricht sich die Erkenntnis der legendären Tätigkeit des Arbeiterausstandes bei den Arbeitgebern Bahn. Der Vertrag selbst ist auf 2 Jahre abgeschlossen.

Lohnerhöhung für die Berliner städtischen Arbeiter. Mit der ersten Lohnperiode nach dem 1. Mai sollen in Berlin die Arbeitslöhne der städtischen Arbeiter um ein Gerings erhöht werden. Entsprechende Summen sind schon in den Etat eingestellt.

Aus den Gerichtssälen.

Das Witenenspiel.
Vor dem Kriegsgericht der 19. Division in Hannover hatte der Musiker Hermann Keese wegen Beharens in Ungehorfam und Achtungsverletzung zu verurteilen. Bei einer Beschuldigung soll er trotz wiederholten Befehls eines Leutnants den Griff „Gewehr über“ nicht mit der nötigen Stromstärke, sondern lässig ausgeführt und außerdem die Absicht eines Widerstandes durch ein adumbrantes Witenenspiel zu erkennen gegeben haben. Keese, der wegen dieses Verhaltens vom Platz weg verhaftet wurde, erklärte vor Gericht, er habe wegen nachweisbarer Ueberanstrengung den Griff nicht besser machen können, und das Witenenspiel sei auf seine Gewohnheit zurückzuführen. Das Gericht schenkte ihm jedoch keinen Gehör und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis!
Die hochadeligen Herren Einjährigen und Mitglieder des Kaiserkorps Borussia wurden, als sie ihren Vorlesungen verprügelten und seine Wohnung demolierten — freigesprochen, weil es sich nicht um eine Achtungsverletzung, sondern um einen lustigen Streich gehandelt habe, bei dem man sich des gefehlbildigen Auftretens nicht bewusst gewesen sei. Hier aber hat ein schlapper Musiker dem Geseßtegen gegenüber die Wiene bezogen. Das ist allerdings etwas anderes. Drei Monate Gefängnis! Das Verbrechen eines Diebes oder Betrügers wird so geübt!
Militär-Justiz!

Zum Kampf im Baugewerbe.

Anonyme Scharfmacher im Berliner Baugewerbe.

Während in Berlin die große Mehrheit der Arbeitgeber im Baugewerbe entschlossen ist, den Frieden im Baugewerbe aufrechtzuerhalten, ist eine Minderheit bemüht, mit allen Kräften zu pötschen. Diese Minderheit sucht die Berliner Arbeitgeber vom Wege des Friedens abzubringen. Sie verendet — was für sie bezeichnend ist: anonym! — mit der Unterschrift „Mehrere Kollegen“ ein Dirkular, das der „Berliner Volkszeitung“ einer ihrer Leser zustellt, und das wir hier im Auszuge wiedergeben:

Berlin, den 18. April 1910.

... Kann es wirklich in unserem Interesse liegen, jetzt, wo auf neue um die Position des Arbeitgebers gerungen wird, wo der Kampfpreis ist, wer soll im Geschäft zu bestimmen haben, die sozialdemokratische Organisation oder der Arbeitgeber, ist es da wirklich zu verantworten, daß wir absteht stehen, um, getrennt vom ganzen, einen schimpflichen Frieden (!) einzuhandeln suchen, während unsere Kollegen draußen im Reich im Kampfe stehen? Wenn sie unterliegen, so müßte uns ein solcher fauler Frieden, den unsere Führer zu erbetteln im Begriffe stehen, nicht, und wenn sie dransuchen, so kommt uns dieser Sieg mit ganzer.

Sind wir unseren Kollegen im Reich nicht die Solidarität schuldig, die uns von unserem Vorstände beim letzten Streik so oft und so eindringlich und so überzeugend zu Gemüte geführt worden ist? Wo wären wir 1907 geblieben, wenn wir nicht einig gewesen wären, und ist jetzt die Einheit nicht ebenso vorhanden, wie damals, aber auf dem größeren Kampfbau? Was hat sich denn an den Verhältnissen so auffällig geändert, daß sie geradezu auf den Kopf gestellt erscheinen, daß die Berliner Kollegen vor der ganzen deutschen Bauwelt, vor der ganzen deutschen Industrie blamiert und vorbeständig dastehen sollen? Gebören wir denn dem Deutschen Arbeitgeberbunde nicht mehr an? Haben wir ein Sonderrecht?

Oder — haben etwa unsere Herren Vorstandsmitglieder andere Interessen als wir? Man könnte in die Verlesung kommen, wenn ihr Herrn nicht bereits erprobt wären, zu fragen, wo wohnt der Lohn? (!)
Kollegen! Die Stunde der Entscheidung rückt näher. In wenigen Tagen soll es sich entscheiden, ob der ewige Schimpf auf uns lasten soll, eine gute Sache verraten und wegen der Sonderinteressen einiger Weniger unseren Kollegen draußen in den Rücken zu fallen. Die Entscheidung kann und darf nicht anders lauten: Wir gebören mit zu den anderen! Ihre Interessen sind die unseren! Unterliegen sie, so wird man auch uns binnen kurzem zu Paaren treiben! Zögern sie, so sind wir mit geborgen! Deshalb müssen wir jetzt alle eigenartigen Interessen beiseite lassen und den großen Gedanken hochhalten, daß auch wir Berliner einer für alle und alle für einen zu stehen haben, nicht nur für unsere Stadt, sondern für das gesamte Reich!

Sondern wir uns jetzt ab, so geben wir für später das denkbar schlechte Beispiel. Denn auch wir kommen einmal wieder in Not und brauchen die anderen, dann möge unser Linn von heute ein rechtendes, kein entehrendes Beispiel sein.

Schon jetzt wird im ganzen Reich mit Fingern auf uns gezeigt. Sorgen wir durch Eitelkeiten, wenn auch schwerer Entschluß dafür, daß wir nicht der Verachtung anheimfallen wollen!
Darum: Schließen wir uns den Kollegen des ganzen deutschen Vaterlandes an!

Mehrere Kollegen!

Glücklicherweise haben diese Scharfmacher auf die Entschlüsse der besonnenen Berliner Arbeitgeber nicht den gewünschten Einfluß gehabt, um das Zustandekommen des Friedensschlusses in Berlin zu verhindern. Also man sieht, welche edlen Instinkte im Unternehmertum ruhen.

Friede im Berliner Baugewerbe.

Unter Vorsitz des Baumeisters Heuer hat die Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin am Freitag in später Abendstunde den Schiedspruch des Gewerbe-Gerichts einstimmig angenommen. Die in Berlin erscheinende „Bauwelt“ bringt Sonnabend in einem Extrablatt einen ausführlichen Bericht, der recht interessante Einblicke in die Situation im Unternehmertum gibt und zeigt, daß die verständigen Berliner Unternehmer bei den Scharfmachern stark in Ungnade gefallen sind. Baumeister Heuer führte u. a. aus:

Als in Dresden der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe am 22. März seine Generalversammlung abhielt, sollte in der tags zuvor stattfindenden Vorstandssitzung eine Verständigung über das Programm geschaffen werden. Die Berliner Delegierten erklärten jedoch, daß sie aus Grund der vier Differenzpunkte den Mitgliedern des Verbandes der Berliner Baugeschäfte eine Aussperrung nicht zu empfehlen in der Lage seien. Die Gegensätze plakten in der Vorstandssitzung so heftig aufeinander, daß Baumeister Heuer sein Amt als zweiter Vorsitzender des Arbeitgeber-Bundes niederlegte. Die Berliner Vertreter stellten darauf den Vorstand des Bundes anheim, darüber zu entscheiden, ob die Berliner an der Generalversammlung teilnehmen sollten oder nicht. Sie machten dabei darauf aufmerksam, daß sie bei einer eventuellen Teilnahme an der Generalversammlung gezwungen sein würden, ihren Standpunkt mit aller Offenheit darzulegen. Sie überließen es daher dem Vorstande, darüber zu befinden, ob ihm eine derartige Erklärung Berlin genehm wäre. Der Vorstand beschloß, die Berliner nicht an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Als Erklärung für das Fernbleiben der Berliner gab der Vorstand in der Generalversammlung an, daß die Verhältnisse in der Reichshauptstadt noch nicht genügend geklärt seien und die Vertreter Berlins daher von einer Beteiligung an der Generalversammlung abließen.

Baumeister Heuer wandte sich dann scharf gegen die nordwestdeutschen Interessen und Intriguen. Von der nordwestdeutschen Arbeitgeberorganisation kamme angeblich noch anonyme Rundschreiben, in dem der Vorstand des Verbandes der Berliner Baugeschäfte beschuldigt wird, eigener Interessen wegen die gemeinsame Sache der Bauunternehmer verraten zu haben. Diese Interessengemeinschaft sei kein Unterband des deutschen Arbeitgeberbundes, habe aber stets ihre Versammlungen so eingerichtet, daß sie den Generalversammlungen des Arbeitgeberbundes unmittelbar vorausgingen. Die Berliner Unternehmer sind später zu den Konferenzen der nordwestdeutschen Interessengemeinschaft nicht mehr eingeladen worden, deren Bestehen überhaupt dahin ginge, Berlin im Reich zu kolieren.

Unter allgemeiner Bewegung wandte sich die Versammlung zu dem Punkt der Tagesordnung, Beschlußfassung über die Stellung zum deutschen Arbeitgeberbunde zu. Dem Verbandsvorstande wurde weitgehende Vollmacht erteilt. Sie sprach ihm ihr Vertrauen aus mit der Maßgabe, daß ihm etwa nötig erscheinende Schritte gegen den Bund anzuzeigen werden. Es wurde ihm Vollmacht erteilt, eventuell den Austritt aus dem Arbeitgeberbunde erklären zu dürfen.

Baumeister Heuer ließ der Stellung der Arbeiter in der Lohnbewegung höchste Gerechtigkeits miszuzuführen. Er betonte unter anderem, daß Berlin großen Wert auf den kapitalistischen

gebühren überbaut wird in den Vorzug.

Mit drohendem Verfall wurde dem Redner gelohnt, der den Vorschlag machte, ohne jede Debatte den Schiedspruch anzuerkennen. Von den angesehensten Vertretern der Berliner Baugeschäfte wurde denn auch erklärt, daß ihnen nach der Rede des Vorsitzenden nichts mehr zu sagen übrig bleibe. Erst um 9 Uhr Abends erfolgte die Abstimmung, in der sich die 400 anwesenden Baumeister einstimmig für den Schiedspruch erklärten.

Der Berliner Schiedspruch wird in der „Bauwelt“ als ein Vorbild für das Reich bezeichnet, der großen Eindruck im Reich hervorgerufen und zur Folge haben wird, daß der Aussperrung die Spitze abgebrochen ist, da viel Arbeitgeberverbände in der Provinz erklärt haben, ihr Verhalten von dem Ausgang der Berliner Verhandlungen abhängig zu machen.

Der Umfang der Aussperrung.

Die Maurer zählten bis zum Sonnabend Abend 70 000 ausgesperrte Kollegen. Eine weitere Steigerung erscheint nicht ausgeschlossen.

Die Berliner Einigung hat ihre Wirkung im Reich nicht verfehlt. Verschiedene Meldungen aus Posen, Magdeburg und kleineren brandenburgischen Städten lassen erkennen, daß in weiten Kreisen der Unternehmer großes Friedensbedürfnis vorhanden ist.

Der Hansabund dementiert die Meldung, daß er 35 Millionen den Bauunternehmern zur Verfügung gestellt habe. Die Geschäftsführung des Bundes sei um Vermittlung ersucht worden, habe dieser aber nicht näher treten können. Der Bund habe aber nicht 1 Mark in dieser Angelegenheit irgend einer Seite der Beteiligten zur Verfügung gestellt.

Frankfurt a. M. Zu der Festsitzung des durch Dr. Hilgert angebahnten Vergleichs wird angegeben, daß auch die Unternehmer sich zu Verhandlungen bereit erklärt haben. Das ist nicht zutreffend; die Unternehmer haben Verhandlungen strikte abgelehnt und erklärt, man solle sich an den Hauptvorstand wenden. Bäuerliche Telegraphenbureau erklären nun, auch die Maurer wollten nur zentral verhandeln. Das ist aber nicht der Fall, die Maurer haben sich sofort zu direkten Verhandlungen bereit erklärt.

Gingefandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir die besten Aufsätze aus unserm Leserkreise, für die wir nur die prägelegte Verantwortung übernehmen. Redaktion der „Bauwelt“.)

Amerlei Unlebensames aus dem Schauspielhanse.

Am Freitag Abend voriger Woche fand im Theater die Generalprobe zu der Operette: „Der Weiberjagd“ statt; die Probe dehnte sich von 7 Uhr bis gegen 11 Uhr Nacht aus. Eine junge dort engagierter Sängerin ersuchte nun unter Hinweis auf die späte Nachtstunde und ihre weit entfernte Wohnung den Spielleiter, sie insoweit zu dispensieren, daß der Straßenschauspieler noch erreicht werden könne; das wurde ihr abgelehnt. Nach Beendigung der Probe ließ die Dame, der dem Herrn Direktor Ritter, der im Theaterrestaurant saß, durch den Kassellan ihre mißliche Lage mitteilen, daß sie ohne Geld zu einer Droschke und daher, zumal bei dem stürmenden Regen nicht in der Lage sei, ihre entfernte Wohnung zu erreichen. Darauf wurde ihr der Befehl, sie solle unter diesen Umständen im Theater bleiben. — Die Dame blieb also gezwungenermaßen die Nacht im Theater.

Ein Kollege Zw. brachte das Abnehmen einiger Rollen von Seiten der Direktion 12 Stunden vor der Generalprobe vor. Selbstige wurden von den Herren schon in zwei Proben probiert. Die Rollen sind, wahrheitsgemäß um Honorare zu sparen, an Schauspielmitgliedern von unserem Theater gegeben worden, die kein Spielhonorar haben. So spielt ein Herr in Zigeunerbaron einen Zigeuner im 2. Akt und den Herold im 3. Akt. Einer der Chorherren bekam eine der abgenommenen Rollen, weil er kein Honorar hat. Wir bitten deshalb sämtliche Kollegen und Kolleginnen, sich folgendes als Warnung sagen zu lassen: Die eben erwähnten Vorgänge nötigen einen Chorführer oder eine Chorführerin an diesem Theater, nur auf eine feste Sage zu reflektieren und auf Spielhonorare gar nicht einzugehen, dafür aber Nachmittagsvorstellungen konträrlich honorieren zu lassen. Unter folgenden Sagen möchte niemand abschließen: Damen nicht unter 115, Tendre nicht unter 140 Mark, Waffe nicht unter 180 Mark. Auf den durch Spielhonorare erhofften Nebenverdienst ist an unserem Theater nicht zu rechnen. Nebenbei sei bemerkt, daß in unserem Theater ein Kapellmeister und Regisseur engagiert ist, der jetzt in „Reiche Mädchen“ einen „sprechenden“ Diener spielt. Dazu wurde noch von einem Herrn der Lou zur Sprache gebracht, den der Herr Direktor den Chormitgliedern gegenüber anstellt. Wenn sich von 10—20 Uhr (4 1/2 Stunden) Probe ist, außerdem kein feststudierter Chor vorhanden, so kann man unangenehm verlangen, daß ein Zigeunerbaron mit fünf Chorproben und zwei Bühnenproben sitzen sollen.

Die Stund haben die nächsten Entlassungen der 1. Sängerin Fräulein Helwig Volk und des 1. Gesangsleiters Fritz Carl angeordnet. Herr Carl ist laut Vertrag als 1. Gesangsleiter für das Theater verpflichtet und sollte bei der Aufführung der „Schönen Helena“ den Nagel schlagen. Herr Carl weigerte sich, diese Rolle, die nach seiner Ansicht eben nicht die eines 1. Gesangsleiters ist, zu spielen. Darauf verfügte Herr Direktor Ritter seine sofortige Entlassung. Die Rolle wurde dann tatsächlich auch von einem Chorherren gegeben! Herr Carl liegt aber außerdem auch noch auf Ehrenbelohnung gegen Herrn Direktor Ritter. Nach der Entlassung des Fräulein Volk und des Herrn Carl berief nämlich Herr Direktor Ritter das gesamte Bühnen- und technische Personal auf die Bühne und hielt eine längere Ansprache, in der er auf die Vorgänge hinwies und dabei die Nebenverdienst gebrauchte, nachdem jetzt die unglücklichen Elemente entfernt sind. Ein früherer Streich des Fr. Schwachkopf gegen Herrn Ritter wurde bereits zu Gunsten der ersteren entschieden. Hauptsächlich mit der Art der Rollenverteilung befaßten sich viele Klagen. Daß Herr Ritter dabei nicht immer die glückliche Hand hat, bewies zur Genüge die 100. Vorstellung der „Hochzeit“ für die sich Herr Direktor Ritter einen Gast aus Hamburg verschrieben hatte, den die Kritik nachher einmütig ablehnte. Warum Herr Direktor Ritter Frä. Reinhardt die Rolle nicht spielen ließ, ist nicht ganz aufgeklärt. Frä. Reinhardt war bis zum Erscheinen der betreffenden Singsongstunde in denen angezogen wurde, daß der Gast die Rolle sang, in der festen Meinung, daß sie die Rolle zu singen habe. Die Direktion hatte es nicht der Mühe wert gefunden, ihr in irgend einer Weise davon Mitteilung zu machen, daß ein Gast die Partie übernommen hat, oder sich zu erkundigen, ob Frä. Reinhardt in der Lage sei, die Partie zu singen. K. N.

Verantwortliche Redaktion: Robert Albert — Redaktion und Expedition: Neue Bauweltstr. 16. — Verlag von Oskar Schö. — Druck von Fr. Schö. G. u. S. P. — Druck in Dresden. Diezau 2. Auflage.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die prägelegte Verantwortung.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. April.

Demokratische Versammlung und Polizei-Attake mit blanker Waffe.

Für Sonntag Abend hatte die hiesige Ortsgruppe der „Demokratischen Vereinigung“ eine Volksversammlung in den Saal der Börse einberufen, die wieder einmal durch die glänzenden Feldherrn-talente der Breslauer Polizei mit einem Straßentumult gekrönt wurde, glücklicherweise ohne Blutvergießen und glücklicherweise einmal vor den Augen eines großen Teiles der Breslauer bürgerlichen Bevölkerung.

Herr Dr. Breitfeld hatte im überfüllten Saale der Börse über das Thema „Der Kampf geht weiter“ gesprochen. In einer Klare, von hoher Begeisterung durchwehten Ansprache zeichnete er die Lage der Wahlrechtsreform nach den Beschlüssen der Herrenhauskommission, und erläuterte in plastischen Beispielen die Änderungen, die an der Drittelung, an der Majorisierung und mit Bezug auf die wieder zum Leben erweckten „Kulturträger“ vorgenommen worden sind. Mit beifolgendem Hohn kennzeichnete er die Haltung der Regierung, die „über“ den Parteien steht und deshalb mit sich machen läßt, was dem schwarz-blauen Bloch gefällt. Der Entwurf wird umgemodelt — die Regierung vinkuliert sich nicht — er wird wieder zurückgedrückt — die Regierung vinkuliert sich nicht — und so in die ganze Reform in den Orkus verschwindet, bleibt der lederne Kanzler auch auf seinem Platz. Doch nicht im Parlament, sondern im Volk wird die Wahlreform entschieden, das Volk allein ist es, das den Kampf weiterführen wird, wenn die parlamentarischen Beratungen versumpfen. Und dieser Kampf geht nicht so sehr gegen die Regierung, die Kommiss der bestehenden Klasse, sondern gegen die Parteien, die hinter den Kulissen die Regierung dirigieren. Redner geht sie im einzelnen durch und kennzeichnet die schlaun Spieler um Heydenbrand, die selbst die Verantwortung für die Wahlrechtsmißgeburt nicht übernehmen wollen, das Zentrum, das sich mit einem neuen erbärmlichen Volkserrat beschmückt, die Nationalliberalen, die ganz zu Unrecht in den Ruf des Liberalismus gekommen sind, während sie nur der schweren Industrie dienen, und die Fortschrittspartei, die noch immer nicht eine klare Stellung an der Seite der demokratischen Parteien gefunden hat. Der Schlußappell des Redners, selbst beim Scheitern der Reform die Forderungen nach einem freien Wahlrecht mit doppelter Gewalt zu betonen, fand stürmischen, minutenlangen Beifall.

Die Diskussion, die sich an den Vortrag knüpfte, wich etwas vom Thema ab und wandte sich der Frage an, ob sich die freisinnigen Parteien damit begnügen sollten, das Zentrum auf politischem Gebiete zu bekämpfen oder ob es nicht nötig sei, auch seine religiöse Schwäche an den Pranger zu stellen. Die Frage wurde von freidenkerischer und freireligiöser Seite bejaht, die Mehrheit der Versammlung stimmte aber den Ausführungen Breitfelds und des Genossen Böbe zu, daß diese religiöse Bekämpfung nicht Sache der politischen Parteien sei.

Somit war die Versammlung einmütig und ruhig verlaufen, sie bot das Bild einer würdigen Kundgebung, an der sich diesmal auch das Bürgertum zahlreicher als sonst beteiligt hatte.

Die Versammlungsteilnehmer hatten kaum zur Hälfte das Lokal verlassen, da veranstaltete die Polizei draußen auf der Straße eine haarsträubende Szene. Anscheinend falsch informiert und alarmiert durch drei Polizeispiegel, die

vom Einberufer, Rechtsanwalt Simon, schon vor der Versammlung aus dem Saale geworfen waren, hatte die polizeiliche Macht nicht blickt vor den Türen der Börse Hauptquartier bezogen, und in dem Moment, als drinnen der letzte Hochruf verhallt war, zog sich quer über die Graupenstraße die bekannte Kette behäbiger Uniformleiber von Straßenecke zu Straßenecke. Die zur guten Hälfte bürgerlichen Versammlungsbesucher, die meist aus dem Innern der Stadt stammten und derartige „Sicherheitsmaßregeln“ noch nicht gewöhnt waren, spazierten zunächst auf die Schutzmännchen zu, wurden aber schon nach wenigen Schritten aufgehalten und zurückgedrängt. Andere strömten nach, und als sie nun dieses gänzlich unmotivierte, geradezu provozierend wirkende Vorgehen der Polizei sahen, stimmten sie ein Wahlrechtshoch an, das donnernd durch die Nacht hallte. Das hatte aber den nervösen Herren von der hohen Polizei gerade noch gefehlt, kaum war das Hoch erklingen, erscholl das Kommando „Blanzziehen“ und jetzt gingen die Schutzleute mit blanker Waffe gegen das sich langsam zurückziehende Publikum vor, was natürlich nur unter lauten Protest- und Pfuirufen erfolgte. Ein großer Teil der Versammlungsbesucher hielt sich zu dieser Zeit noch im Saale und in dem Vorraum der Börse auf, sie hatten zunächst keine Ahnung von den Vorgängen auf der Straße, da sich auf den Treppenstufen alles dicht voll Menschen gestaut hatte, die wegen der polizeilichen „Säuberung“ der Straße gar nicht erst hinuntertraten, wo die Polizei aufgeregt hin und her agierte. Als die oben Versammelten das rigorose und unmotivierte Vorgehen der Polizei sahen, gab es natürlich kräftige und stürmische Protestrufe. Wie aus hundert Kehlen scholl es immer wieder herunter „Eäbel einstecken“, „Wui“, „Eäbel einstecken“. Das veranlaßte ein paar besonders talentvolle Polizeier, die Treppe hinaufzustoßen und das „Säuberungswort“ mit der blanken Waffe sogar im Vorraum des Börsen-saales fortzusetzen. Sie kamen aber schlecht an, der Wirt und andere Gäste traten ihnen so entschieden entgegen, daß sie es vorzogen, einen ungeordneten Rückzug anzutreten und wieder auf die Straße zurückzulehren, wo sich nach alle dem Vorgefallenen natürlich noch lange Zeit hindurch die Menschen stauten.

Es ist geradezu ein Skandal, was sich ein preussischer Bürger heute von der Polizei bieten lassen muß. Kein Mensch in der Versammlung hat an eine Kundgebung auf der Straße gedacht, in fünf Minuten hätte sich die Menge verlaufen, wenn nicht draußen einzig und allein durch die geradezu unsinnigen Maßregeln der Polizei diese Stauungen und Störungen des Verkehrs hervorgerufen würden. Wer sie angeordnet haben kann, ist uns nicht recht verständlich. Wir erwähnten schon, daß noch vor Eröffnung der Versammlung eine Anzahl Polizeimänner, die in auffälliger Weise am Eingang in den Saal hineinrinschlüpfen, auf die Straße befördert wurden. Anscheinend aus Rache oder in dem Bewußtsein, daß etwas Schlimmes in der Luft liegen muß, wenn sie nicht dabei sind, haben sie der „bewaffneten Macht“ einen Wink gegeben, aus dem sich dann die strategisch hervorragenden Aktionspläne und das Weitere ergab. Wir sahen viele bürgerliche Damen und Herren auf den überwachenden Kommissar einreden, der auch aus der Versammlung heraustrat und über die Szene der Tapferkeit, die draußen verübt wurde, anscheinend überrascht war, er ruckte nur mit den Achseln und wußte auch keinen Bescheid zu geben. Ihren Nimbus aber hat die Breslauer Polizei gestern Abend nicht vermehrt und alle diejenigen, die zum ersten Male Gelegenheit hatten, die Entstehung von Zusammenstößen mit der Polizei zu beobachten, besonders aber die Auswärtigen haben nun einen Begriff bekommen,

wie hervorragend talentvoll sich die beamteten Hüter der Ordnung bei der „Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ anstellen. Wie wir hören, ist eine Protestversammlung gegen das Vorgehen der Polizei geplant.

Wer ist im Ausschuss der Landes-Versicherungs-Anstalt?

Des Invalidentenversicherungsgesetz besteht seit dem 1. Januar 1891, also 19 Jahre, aber trotzdem herrscht über seine für die Arbeiter so überaus wichtigen Vorschriften noch große Unklarheit. Ganz besonders ist es die Verwaltung des großen Versicherungsbereiches, die auch in weiten Kreisen der Arbeiter so gut wie unbekannt ist. Das liegt hauptsächlich daran, daß der allgerühmte Teil der Verwaltung gut bezahlten Beamten ausgeliefert wurde, auf deren Anstellung die Masse der versicherten Arbeiter gar keinen Einfluß hat. Und das bishigen Arbeitervertretung, das nach dem Gesetz erlaubt ist, geht auch nicht aus allgemeinen Wahlen hervor. Wir meinen damit den Ausschuss der Landesversicherungsanstalt, der als ihre Generalversammlung anzusehen ist. Er besteht aus je 20 Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter und wird alle fünf Jahre von den Besitzern der unteren Verwaltungsbehörden neu gewählt. Dieser Ausschuss hat leider viele Jahre hindurch als ein Weichei in Verborgenen geblüht. Alljährlich einmal, und zwar im November, kommt er laut Statut zusammen, um seine wichtigen Arbeiten zu erledigen. Lange Zeit ist selbst über seine Beratungen und Beschlüsse sehr wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Seit fünf Jahren ist das anders geworden, denn im Jahre 1904 ist es der organisierten Arbeiterkraft gelungen, einige ihrer Vertrauensleute in den Ausschuss zu wählen. Früher verließen die Sitzungen des Ausschusses immer recht „gemächlich“. Der Herr Vorsitzende und einige Mitglieder des Vorstandes redeten kurz zu der einen oder anderen Sache; die Ausschussmitglieder aber, besonders die Arbeiter-Vertreter, schwiegen sich meistens gründlich aus. So kam es, daß sie höchstens zwei Stunden hump zusammenhaken, ihre Diäten einstecken und sich dann schleunigst wieder auf den Heimweg machen. Es ist auch jetzt noch nicht alles so, wie es sein sollte; immerhin ist es besser geworden, und wir hoffen, daß es den organisierten Arbeitern im Ausschuss gelingen wird, das Interesse für seine Arbeiten immer mehr wach zu rufen. Damit die Genossen aller Orten wissen, wer im Herbst 1910 auf den wichtigen Posten eines Ausschussmitgliedes berufen wurde, bringen wir nachstehend die Namen der Gewählten:

- Arbeitgeber-Vertreter: Ritterguts- und Ziegeleibesitzer Fromberg-Schochwitz bei Breslau, Rittergutsbesitzer von Spiegel-Dammer, Kreis Rastau, Bildhauermeister Andres-Breslau, Generalbergdirektor Dr. Grunenberg-Nieder-Hermshorst, Kreis Waldenburg, Kommerzienrat und Generaldirektor Gärtner-Freiburg i. Sch., Landrat Dr. Kirchner-Münsterberg, Uhrmacher Ditsch-Jörlis, Geh. Kommerzienrat und Fabrikbesitzer Deuchel-Grünberg, Druckereibesitzer Fernbach-Wunzlau, früherer Fabrikdirektor Meyer-Zillertal, Fabrikdirektor Reihiger-Glogau, Geh. Kommerzienrat Methner-Landeshut, Generaldirektor Bitta-Meudel-Ö., Kreis Tarnowitz, Kommerzienrat und Generaldirektor Niebt-Olewis, Amtsvorsteher Schinke-Weikenberg, Kreis Meisse, Knappschafsdirektor Wilde-Tarnowitz, Generaldirektor von Prondzinski-Groschowitz, Kreis Oborn, Stadtrat und Rittergutsbesitzer Sabel-Neustadt-Ö.,

Parteienossen! Rüstet zur Maifeier!

Aus aller Welt.

Austreise über Paris. Der französische Aviatiker Dubonnet flog, wie ein Telegramm meldet, Sonnabend Nachmittag über Paris. Er flog in Judoisy um 3 Uhr auf und überquerte dann die französische Hauptstadt in ihrer ganzen Länge. Um 3 Uhr 25 Minuten befand er sich über der Place de la Concorde, von den Pariseren enthusiastisch begrüßt. Dubonnet flog in einer Höhe von etwa 100 Metern und folgte dem Lauf der Seine, bis er die Tuilerien erreichte. Die Gärten der Tuilerien passierte er in einer Höhe von 50 Meter; Dubonnet flog dann genau über den Obelisk auf der Place de la Concorde. Dann folgte er dem Bogen der Avenue des Champs Elysees und überflog den Triumphbogen. Nachdem er auf 150 Meter hochgestiegen war, wandte sich der Aviatiker am Bois de Boulogne zu, vollführte mehrere elegante Manöver und landete glücklich wie ein Vogel um 3 Uhr 30 Minuten auf der Gravelle-Wiese in der Nähe der Tribünen des Hippodroms in Courmoulin.

Vom Aviatikermeeing in Nizza wird berichtet: Sechs Aviatiker unternahmen von Nizza aus einen 24 Kilometer langen Flug über das Meer. Der Flug gelang allen. Erster wurde Gamm mit 16 Min. 46 2/3, Sel., dann folierten Vanderborn, Duran, Gammoff, Chades und Kollo. de Ryemedyl verlor die Kontrolle über den Flug, fürzte jedoch ins Meer und wurde von einem Korporal geborgen.

Brandkatastrophe in Berlin. In der vergangenen Nacht gegen 11 1/2 Uhr kam in der Langestraße im alten Berlin ein gefährlicher Wohnungsbrand aus, der eine aus zehn Köpfen bestehende Familie in Lebensgefahr brachte. Während neun Personen durch die Feuerwehr gerettet werden konnten, wurde ein neunjähriges Kind als verohnte Leiche unter dem Bett vorgefunden.

Entdeckung der Todesstrafe. Frau Babel, die Wirtin der Koffler Opernängerin Fida Barthold, ist ausläßlich der Gehalt des Erbprinzen von Mecklenburg-Schwerin beauftragt worden.

Ein Mörder durch einen Polizeihund entdeckt. Einen bemerkenswerten Erfolg hat der Diensthund Bollo von der Berliner Kriminalpolizei in dem Dorfe Wötzig bei Birnbaum gehabt. Dort wurde seit einiger Zeit ein Lehrer vermißt, dessen Verschwinden sich niemand erklären konnte. Bollo fand die Leiche, die schwere Kopfverletzungen und Würgemale am Halse trug. Die weiteren Ermittlungen führten schließlich zur Verhaftung des Bayern Pfennerl unter dem dringenden Verdacht, den Lehrer ermordet zu haben.

Vom toten Obersten Maschin. Der soeben in Belgrad im Alter von 70 Jahren verstorbene Oberst Alexander Maschin hat in der Geschichte Serbiens bekanntlich eine sehr unheilvolle Rolle gespielt. War er doch, obwohl ein Schwager der Königin Draga, das Haupt der Königinmörder, und er wurde vielleicht eben wegen seiner Verwandtschaft zur Königin und weil er mit den persönlichen Verhältnissen vertrauter war, als irgend ein anderer, zum Anführer der Verschwörer. Die Frage, ob er in der Wornacht vom 11. Juni 1903 sich selbst an die Spitze gestellt hatte, wurde damals vielfach besprochen und ursprünglich verneint. Später jedoch, als sich das Dunkel lüfte, bestand kein Zweifel mehr, daß er im Verein mit dem Oberstleutnant Mitiich das Unternehmen geleitet hat. Der in das Attentat eingeweihte Adjutant des Königs, Panajotovic, reichte den Verschwörern die Schlüssel zu dem stets abgesperrten Gartenort, und im Hofraum des alten Konaks erwartete sie der persönliche Adjutant des Königs, Ramonovitch, der ihnen das Schloß der eisernen Tür öffnete, welche zum ersten Zimmer des Hofparks führte. Das nächste Opfer war dort der Generaladjutant des Königs, Lazar Petrovitch, der sich weiterge, die Verschwörer in das Schlafzimmer des Königs zu führen. Und nun drangen sie, allen voran Oberst Maschin, in das Schlafgemach, und wenige Minuten später entdeckte man hinter einer verschlossenen Aktenkiste Alexander und Draga. Oberst Maschin wurde dann im Revolutionskabinett Bauteurminister und später Generalstabschef, mußte aber im Jahre 1906 auf Verlangen Englands mit den übrigen Hauptverschwörern deportiert werden. Er lebte lange Zeit in Wien, erst als Militärattaché bei

ter Maschin genos ihre Ausbildung in einem Wiener Mädcheninstitut. Die Familie Maschin stammt aus Böhmen. Der Vater des Oberst Maschin war Arzt in Kumburg und wurde Leibarzt des später ermordeten Fürsten Michael. Der ältere Bruder des Obersten, der erste Gatte der Königin Draga, war, ehe er nach Serbien kam, Ingenieur in einer Maschinenfabrik. Er starb plötzlich während einer Arbeit im Walde.

Literatur.

Eine Schrift über den Galileischen Kometen erscheint in einigen Tagen im Dresdener Partieverlag von Kaben u. Comp. Sie enthält astronomische und kulturgeschichtliche zur Kometenangelegenheit, bringt 30 Bilder bei und ist von Fris Dövel und Dr. Franz Dieckhoff in Dresden gemeinsam verfaßt. Die Schrift ist etwa 120 Seiten stark und kostet 1 Mk.

„Natur“, Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft. (Gesellschafts-Verlag, Leipzig, Talstraße 12). Preis pro Vierteljahr einschließlich jährlich fünf Beilagen 1,50 Mk. Mit dem vor uns liegenden Heft 14 beginnt die „Natur“ das zweite Halbjahr ihres Erscheinens. Auch die 23. Heft schließt sich den vorangegangenen würdig an. Der interessante und vielseitige Inhalt, der ständig ausgebaut und erweitert wird, sowie die vornehme Ausstattung stellen der Gesellschaft für ihre Bestrebungen, die Ergründung der Naturwissenschaft in gebieterischer gemeinverständlicher Form in die weitesten Kreise zu tragen, das beste Zeugnis aus. Es ist daher nur mit Freuden zu begrüßen, daß die Zeitschrift, trotzdem sie erst ein halbes Jahr erscheint, bereits ca. 11.000 Abonnenten gewonnen hat. — Mit Heft 14 ist auch die vierte der beliebten Beilagen erschienen. Das Bändchen betitelt sich „Leben und Heimat des Menschen von Dr. Ludwig Wüller“. Es ist mit 35 Abbildungen und einer farbigen Umschlagzeichnung von dem bekannten Maler W. Heubach versehen, die eine Abbildung des Menschen nach der Vorstellung des Verfassers darstellt. Dr. L. Wüller, der Präsident der D. N. G., handelt in vorliegendem Kapitel den „Neuesten Funde“, „Künsterliche Darstellungen des Urmenschen“, das „Verbreitungsgebiet“, die „Lebensweise“ und „Namen“ und

Wittgensteiner von Drochem-Gertowitz, Kreis Ratibor.

Arbeiter-Vertreter: Förster Noack, Ober-Stephan, Kreis Neumarkt, Brenneret-Verwalter Stephan, Kreis Oels, Maurerpolier Klüner, Biega, Parteisekretär Neulirch, Breslau, Steinbruder Zappe, Waldenburg, Scheinmeister Kubert, Langenbielau, Kreis Reichenbach, Glasbleisermmeister Noack, Penzla, Ober-Lausitz, Kreis Görlitz, Werkmeister Ritsche, Freytag, Krankenkassenrentant Rieger, Sahnau, Zimmerpolier Uhr, Landau, Gasmeister Langner, Lüben, Maschinenmeister Schumann, Landes-But, Bureauassistent Carpatha, Tarnowitz, Rentant Reikert, Gogolin, Kreis Groß-Strehlitz, Privatsekretär Rippien, Grottkau, Buchdruckereifaktor Kwasniol, Tarnowitz, Maurerpolier Wiczorek, Wadowitz, Kreis Kosenberg, Krankenkassenrentant Sonntag, Leobschütz, Hofgärtner Reisdorf, Kreis Rohnitz.

Diese Liste ist gewiß sehr interessant und wert, allgemein bekannt gemacht zu werden. Zeigt sie doch nur zu deutlich, daß der Einfluß der organisierten Arbeiter immer noch nicht groß genug ist, um überall die rechten Männer an die Stelle zu setzen, wo wichtige Rechte und Forderungen der Versicherten kräftig zu vertreten sind. Aber es ist vorwärts gegangen und wird, dessen sind wir sicher, auch in Zukunft weiter vorwärts gehen. Gerade die Unfallversicherung, bei der es sich um die Invaliden- und Altersrenten und das Selbstvermögen handelt, macht es jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin zur hohen Pflicht, alles zu tun, um die Verwaltung so zu beeinflussen, daß der Welt wirklicher sozialer Fürsorge niemals die Herrschaft verliert.

Merke! Geheimnisse der „Bauherren“

plaudert ein geheimes Zirkular aus, welches die Oberkammer zwei Tage vor der Ausperrung versandt haben und das uns jetzt der bekannte günstige Wind auf den Redaktionsisch weht. Das Zirkular hat folgenden Wortlaut:

Breslau, den 13. April 1910.
Den Herren Vorständen der uns angeschlossenen Arbeitgeberverbände teilen wir ergebend folgendes mit:
Am 10. d. Mts. hat die Provinzialversammlung des schlesischen Provinzial-Arbeitgeber-Verbandes für das Sauergerbe den Beschluß gefaßt, daß am 15. d. Mts. sämtliche Baugewerke zu schließen sind. Wir ersuchen Sie daher Ihre Mitglieder mit entsprechenden Anweisungen versehen zu wollen, sodaß die Leute sämtlich am 15. d. Mts. ausgetreten werden und am Morgen des 16. Aprils niemand mehr beschäftigt wird. Nur Lehrlinge und i. V. Postere, welche nachweislich keinem Verbandsangehörigen, dürfen weiter beschäftigt werden.

Um denjenigen Arbeitnehmern, welche bisher keinem Verbandsangehörigen und immer treu zu den Meistern gestanden haben, die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen, sollen die Mitglieder der Arbeitgeberverbände sofort nach Beginn der Ausperrung ein Verzeichnis der von ihnen beschäftigten, erweislich nicht organisierten Arbeiter, dem Verbandsvorstande einreichen. Dieser soll alsdann entscheiden, ob die Leute weiter beschäftigt werden sollen. Die Wiederschließung soll nur dann erfolgen, wenn der Arbeitnehmer schriftlich erklärt, keiner Organisation anzugehören und wenn er einen Vertrag unterschreibt, dessen Inhalt seinen demnach zugehen wird. Der Provinzialverband hält es aber in jedem Falle für wünschenswert, daß die Wiedereinstellung derartiger Personen möglichst nicht vor Donnerstags, dem 21. erfolgt. Wer dies vor oder während der Ausperrung erklärt, aus der Arbeiter-Organisation ausgetreten zu sein, ist unter allen Umständen auszusperrern. Es besteht der begründete Verdacht, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder heranziehen werden, zum Schein die Organisation zu verlassen, in Wirklichkeit aber mit dem gezahlten Lohne die Streikliste zu füllen. Ausdrücklich sei betont, daß die Ausperrung nicht nur gegen die Zentralverbände der Malter, Zimmerer und Baubildarbeiter, sondern auch gegen den Zentralverband christlicher Bauarbeiter sich richtet.

Außer dem genannten Entzweigen eines Arbeitsvertrages mit Nichtorganisierten geben Ihnen demnach weitere Ermahnungen zu, insbesondere Abbruch eines von uns verfaßten Artikels der „Schlesischen Zeitung“ der die Sachlage darlegt. Wir ersuchen Sie, haben möglichst umfassenden Gebrauch zu machen. Öffentlichkeit und Presse in jeder Weise zu beeinflussen und namentlich Fühlung mit dem bauenden Publikum, den Behörden, Industriellen usw. zu suchen. Der Provinzialverband seinerseits wird nicht versäumen, in gleicher Weise tätig zu sein. Wir bitten Sie vorstehende Anweisungen auf das genaueste zu befolgen.

So hatungsbevollmächtigter
Der schlesische Provinzial-Arbeitgeber-Verband für das Sauergerbe.
Der Vorsitzende: gez. A. Wolfram. Der Schriftführer: gez. Schindler.

Die Christlichen werden es mit gemäßigten Gefühlen aufnehmen, daß sie es hier „schwarz auf weiß“ erhalten, daß auch gegen sie der Kampf geht. Und die „Schles. Ztg.“ wird peinlich berührt sein, daß dies Zirkular ihr inniges Verhältnis zu den Baugewaltigen so offen verrät. Nun weiß man doch wenigstens authentisch, daß die „Schles. Ztg.“ das offizielle Organ der Scharmacher ist, und alle die Forderungen, die sie gegen die Arbeiter und zu Gunsten der Unternehmer macht, sind nicht höher zu bewerten als bezahlte Inserate und distanzierte Befehle. Und daß man krampfhaft bemüht ist, die „Presse in jeder Weise zu beeinflussen“, verrät nur zu deutlich das ichle wie Gewissen der Bauherren. Gätten sie ein gutes Gewissen, so bräuchten sie nicht die Presse zu beeinflussen und könnten sich darauf verlassen, daß ihre gute Sache auch ohne Beeinflussung in diesem Falle also wohl Tauschung der Öffentlichkeit, liegt.

Einigungs-Verhandlungen in Sicht.

Der Vorsitzende des Breslauer Gewerbegerichts, Herr Dr. Bracklein, hat die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitgeber zu Einigungs-Verhandlungen ein, die am Mittwoch Abend stattfinden sollen. Die Einladung hat folgenden Wortlaut:
Die Streitigkeiten im hiesigen Gewerbe sind für die Vergangenheit und für die Zukunft ein Gegenstand ernstlicher Besorgnis. Die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse hat, wie es immer wichtiger wird, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Regierung zu erlangen. In diesem Sinne sind die Arbeitgeber und Arbeiter, indem auch für die Zukunft, für die Abklärung der Streitigkeiten ein Einigungs-Verhandlungen in der Zeit nicht zu machen und der Gewerbe-Verwaltung mit dem besten Willen, um die Einigung zu erreichen, zu bemühen.

unparteiischen Vorschlag eingeleitet, die Parteien zur Verhandlung und zur Einigung zu bringen, wenn nicht zum Frieden, so doch wenigstens zu einem Waffenstillstand zu bringen. Die angegebene Stelle für eine solche behrliche Vermittlung ist das Breslauer Einigungsamt.

Ich bitte deswegen den hiesigen Ortsverbänden meine Vermittlerdienste an. Ich richte an die Vorstände der Verbände die ebenso erste wie eindringliche Bitte, dieses Anerbieten nicht leichtfertig abzulehnen, sondern zunächst wenigstens in eine Aussprache und Verhandlung einzutreten. Die Parteien wollen bedenken, daß sie nicht bloße Pflichten gegen sich, sondern auch gegen die Allgemeinheit haben, die in den Kampf unversichert mit hineingezogen wird.

Zu gleicher Zeit lade ich die Vorstände der Verbände zu einer Besprechung der Angelegenheit ein, sich am
Mittwoch, den 27. April cr., Abends 8 Uhr,
im Fürstenaal des Rathauses, einzufinden.

Ich weise darauf hin, daß die Parteien verpflichtet sind, zu diesem Termin zu erscheinen, wenn sie auch gesetzlich nicht verpflichtet sind, zu verhandeln oder das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.

Der Vorsitzende.

Dr. Bracklein.

Wie wir hören, sind die Vertreter der Arbeitnehmer aus allen vier Verbänden bereit, dieser Einladung Folge zu leisten und auch in Einigungs-Verhandlungen einzutreten.

Ungültigkeit

der Breslauer Milch-Polizeiverordnung.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die für Breslau erlassene Polizeiverordnung über den Verkehr mit frischer Kuhmilch bestimmt: Frische Kuhmilch darf nur als Vollmilch oder Magermilch in den Verkehr gebracht werden. Vollmilch ist die durch vollständiges Ausmelken der Milche erhaltene Milch, welche in keiner Weise entrahmt oder sonst in ihrem Zusammenhang verändert worden ist. Vollmilch muß mindestens einen Fettgehalt von 2,7 Prozent haben. — Magermilch ist die durch Entrahmung der Vollmilch erhaltene, sonst aber in keiner Weise veränderte fettarme Milch. — Gegen die Verordnung sollen der Vorstand der Steinig und der Milchhändler der Sauergerber in Breslau verstoßen haben. Nachgekauert hatte von der Milch, die er von einem Dominium bezog, an Steinig einen Betrag mit 95 Litern geliefert, die Steinig als Vollmilch zum Verkauf stellte. Ein Schutzmännchen entnahm eine Probe, die dann chemisch untersucht wurde. Die Untersuchung ergab einen geringeren Fettgehalt als 2,7 Prozent. Das Landgericht in Breslau sprach den Angeklagten frei und führte aus: Milchverkaufsgesetz kann nicht angewendet werden, da anzuwenden wäre (a) die Milch im fraglichen Zustande von Dominium abgekauert worden sei und es auch nicht entrahmt natürliche Kuhmilch gebe, die weniger als 2,7 Prozent Fettgehalt habe. Aber auch die Polizeiverordnung wäre nicht anwendbar, da sie in ihrer oben wiedergegebenen Fassung gar keine Möglichkeit bietet, reine Naturmilch als solche zu verkaufen, wenn sie weniger als 2,7 Prozent Fettgehalt habe. Als Vollmilch dürfe sie dann nicht verkauft werden, und Magermilch im Sinne der Verordnung, nämlich Magermilch, sei es auch nicht. Die Verordnung, nämlich entrahmte Milch, sei es auch nicht. Die als Vollmilch und Magermilch zu: sie schreibe also unzulässig den Verkauf reiner, nicht entrahmter, aber fettarmer Milch aus.

Das Kammergericht wies die von der Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung zurück: In sich können auf Grund des § 6 und 1 des Polizei-Verwaltungsgegesetzes Polizeiverordnungen über den Verkehr mit Kuhmilch erlassen werden, die gewisse Anforderungen an die Beschaffenheit von Milch stellen und bestimmte Bestimmungen für die verschiedenen Sorten vorschreiben. Die vorliegende Breslauer Verordnung kann aber als gültig nicht anerkannt werden, denn sie lasse gleichsam eine Strafflose in der Natur vermissen, indem sie nicht sage was mit der natürlichen, nicht entrahmten Milch, die weniger als 2,7 Prozent Fettgehalt habe, geschehen solle. Auch der Verkauf solcher Milch müsse unter einer geeigneten Bezeichnung zugelassen werden. Da dies nach der zitierten Bestimmung unmöglich sei, so wäre die Verordnung ungültig.

Der Straßendemonstrant bleibt verurteilt.

Das Breslauer Schöffengericht verhängte am 12. März über den Schloßer Max Pablosch eine Haftstrafe von einer Woche, weil er sich anlässlich der Straßendemonstration am 20. Februar an der Ecke Ring und Dorsstraße auf die Aufforderung des Kommissars Thiele nicht reich genug entfernt haben sollte. Die eingelegte Berufung beschäftigte jetzt die Strafkammer. Hier gab ein Zeuge an, wenn an ihn eine solche Aufforderung ergangen wäre, dann würde er sich bei der Menge von Menschen, die sich dort versammelt hatten, auch nicht sofort haben entfernen können. Das Gericht glaubte indes den Aussagen des Kommissars Thiele, wonach der Angeklagte noch „genügend Platz gehabt“ habe, nicht zu entnehmen. Daß der Angeklagte aus einem gleichen Anlaß schon einmal bestraft sei, lasse erkennen, daß es sich um einen Menschen handle, der sich „auslehnt gegen die Obrigkeit!“. Aus solcher Anfechtung könnten aber leicht blutige Zustände entstehen, sodaß eine Haftstrafe von einer Woche nicht zu hoch erscheine.

Der Ausbruch der Landes-Versicherungsanstalt Schlesien.

Der im November und Dezember vorigen Jahres auf fünf Jahre neu gewählt worden ist, hält seine erste Sitzung am 29. April, Vormittags 11 Uhr, im Generalsekretariat zu Schmiedebere i. K. ab. Auf der Tagesordnung stehen hauptsächlich Zahlen in den Vorstand der Anstalt und verschiedene Kommissionen. Drei Vorlagen haben es mit dem Generalsekretariat für Frauen in Schmiedebere zu tun. Nach der einen soll die Beitragszahl erhöht werden, damit der vorhandene Raum besser ausgenutzt wird. Die zweite Vorlage verlangt, daß nachträglich die Ueberschreitungen für den Erweiterungsbau genehmigt werden. Zuletzt beantragt der Vorstand, zur Erweiterung des Generalsekretariats und zum Bau eines Anstaltshauses drei Grundstücke anzukaufen. Wir kommen auf diese Dinge noch zurück.

Zum schlesischen Sängereisen in Görlitz

ist auf Ersuchen der „Arbeiter-Sängervereinigung“ Breslau, von der Eisenbahndirektion ein für den öffentlichen Verkehr eingelegter Sonderzug zur Verfügung gestellt worden, welcher am 15. Mai (1. Pünktigkeitstag) Vorm. 4 Uhr von Breslau (Hauptbahnhof) abgeht und in Ol. Lissa, Neumarkt, Reichenbach, Spittelhof und Steglitz Aufenthalt hat. Ab Reichenbach 5.20 Uhr mit Anstich zu den fahrplanmäßigen Zügen. Die Rückfahrt in Görlitz erfolgt 7.35 Uhr. Alle an dem Sängereisen teilnehmenden Personen und Vereine werden gebeten, diesen Zug zu benutzen. Geehrliche Fahrkarten berechnung zur Verfügung.

Die Große Straßenbahn gefährdet die öffentliche Sicherheit! Es wird die höchste Zeit, daß sich die Öffentlichkeit etwas mehr als bisher mit dem Vergehen der Direktion beschäftigt, denn deren Praktiken fangen an, zu einer öffentlichen Gefahr zu werden. Man lese nur, was das Bezirkssekretariat des Verbandes christlicher Straßen- und Kleinbahnler schreibt:

Die Differenzen bei der Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft sind zu einer Schärfe gelangt, welche eigentlich, da sie von selten der Angelegten und des Verbandes alle Schritte zu einer friedlichen Lösung der Frage unternommen worden sind, nicht erwartet werden konnte. Die letzten Versammlungen des Verbandes hat die Gesellschaft damit beantwortet, daß sie weiteren 15 Angestellten kündigte. Nun wurde vom Verbands der Oberpräsident Grafenz v. Zallwitz um seine Vermittlung gebeten. Auch diesem Herrn gegenüber hat die Direktion keinerlei Entgegenkommen gezeigt. Denn, als ein Entgegenkommen kann es doch nicht bezeichnet werden, wenn die Direktion sich bereit erklärt, die Kündigungen zurückzunehmen, wenn die Gesellschafter sich verpflichten, aus dem Verbands auszutreten und so lange sie bei der Gesellschaft angestellt sind, keinen Verbands mehr beizutreten. Ja, daß sie selbst unter diesen Bedingungen die Kündigungen nicht vollständig zurückzieht, sondern drei der Gesellschafter von der Wiedereinstellung von vornherein ausschließt, und die Angestellten, bei welchen sie die Kündigung zurückzieht, nur noch gegen käufliche Kündigungen behält, dies kann man auch andere, nur kein Entgegenkommen nennen. Es scheint vielmehr so zu sein, daß es der Direktion nicht möglich ist, für die Gesellschafter so schnell brauchbaren Ersatz zu schaffen, und man diese Leute noch so lange behalten will, bis Ersatz für sie geschaffen ist. Denn daß man schon bei dem Ersatz der ersten zwölf Entlassenen ungelangten Ersatz genommen hat, zeigt folgende Tatsache: An Stelle des entlassenen Führers Barth wurde ein Mann, mit Namen Michel, eingestellt, welcher im März 1909 drei Wochen lang als Führer angelernt wurde, und damals auch seine Prüfung ablegte, seitdem aber niemals mehr einen Wagen geführt hat. Die Folge dieses Vorganges ist, daß Michel in der kurzen Zeit vom 6. Februar cr. bis 15. April cr. vier zusammengekommen sind: 1. am Lauensteinplatz, wo eine Droschke zertrümmert wurde, 2. an der Friedrichstraße mit einem Automobil zusammengefahren, 3. an der Station Oberort mit einem Straßenbahnwagen und 4. an der Albrechtsstraße ebenfalls mit einem Straßenbahnwagen zusammengefahren. Jetzt erst ist dieser gefährliche Führer aus dem Fahrdienst entfernt worden. Dieser Umstand dürfte wohl zeigen, daß die jetzige Zurücknahme der Kündigungen im eigenen Interesse der Direktion liegt, und es deshalb kein Entgegenkommen gegenüber den Angestellten ist, denn nach wie vor verbleibt die Direktion jedem ihrer Angestellten, bei Strafe sofortiger Entlassung, sich zu organisieren. Da nun auf Seiten der Direktion selbst so hoher Vermittlung, wie es der Oberpräsident ist, gegenüber kein Entgegenkommen gezeigt wurde, wollen die Angestellten nach einer Appell an die Öffentlichkeit richten, welche ja bisher so treu auf Seiten der Angestellten steht. Am Dienstag, den 26. April, Abends, soll im großen Saale von Ernsts Stabli-jeinen, Marktplatz 1, eine öffentliche Versammlung des die Straßenbahn berührenden Publikums stattfinden. Zu dieser Versammlung sollen außer dem die Straßenbahn berührenden Publikum, die Direktion, die Aufsichtsratsmitglieder, sowie die Vertreter der Presse eingeladen werden.

Leider liegt den christlichen Führern nichts an der Sympathie der Arbeiter, denn sie verbreiten gegen den Transportarbeiter-Verband ein so schmutziges Flugblatt, wie man es kaum für möglich halten sollte. Die Christen sollten doch nicht vergessen, daß ihre ganze Aktion elend ins Wasser gefallen wäre, wenn nicht die Arbeiter sofort scharf gegen die koalitionsrechtsfeindliche Direktion Stellung genommen hätten.

Gesetz gegen die Schwindelkassen.

Dem Reichstage soll demnächst ein Gesetzentwurf zugehen, der sich mit den freien Hilfskassen befaßt und vor allen Dingen dem Emporwuchern der Schwindelkassen einen Damm entgegenzusetzen will. Eine ähnliche Vorlage war dem Reichstage vor 2 Jahren zugegangen, deren Erledigung durch Schluß der Session unmöglich war. Der große Mangel dieser Vorlage bestand darin, daß sie zwar den freien Hilfskassen das Leben sauer gemacht hatte, aber durchaus nicht gekannt war, die berückten Schwindelkassen zu treffen. Ob die Kritik, die damals an dem Entwurf geübt wurde, in den Kreisen der Regierung Beachtung gefunden hat, und ob die Vorlage dementsprechend umgearbeitet worden ist, wird abgewartet werden müssen.

Ballonlandung in Schlesien.

Man schreibt uns: Wie verhältnismäßig ungefährlich der Ballonport sich gestalten kann, wenn er von sicherer, kundiger Hand ausgeübt wird und nicht eine Reihe unglücklicher Zufälle zusammenstreffen, um die Fahrt und die Landung zu einer gefährlichen zu gestalten, ist ersichtlich aus der Fahrt des Ballons Harburg II, der am Freitag, den 22. cr. um 8 Uhr 45 Minuten vormittags in Berlin-Schmargendorf unter Führung von Herrn Wessner Sticker, Leutnant d. R. im Luftschifferbataillon mit den Fahrteilnehmern Herrn Baummeister Daake und Herrn Rechtsanwalt Dr. Kohrs ausflog. Der Berliner Verein für Luftschiffahrt hatte eine Verantwortung für die Fahrt des Ballons bei dem stürmischen Wetter abgelehnt, da der Ballon jedoch nicht dem Verein gehört, sondern sich im Privatbesitz befindet und die 3 Teilnehmer auf die Fahrt nicht verzichten wollten, fand trotzdem der Aufstieg statt. Die Fahrt begann mit einer bedeutenden Geschwindigkeit von wohl gegen 60 Kilometer durchschnittlich und erreichte bis 95 Kilometer pro Stunde. Die Landung erfolgte um 1 Uhr nachmittags bei Wehlenbrönze, Kr. Wohlau.

Der Schnaps als Erzieher.

Der Arbeiter Franz Niemeck kam eines Abends im Dezember v. J. betrunken nachhause, mo er sich über das Schreien seines sechs Monate alten Knaben ärgerte. Er trat an das Bett und verfehlte dem Kleinen einen Schlag auf das Hinterteil. Dadurch verbesserte er die Situation natürlich nicht, vielmehr schrie der Knabe um so mehr und zwar dergestalt, daß ein Arzt geholt werden mußte. Dieser stellte fest, daß das Kind durch den Schlag einen Oberschenkelbruch erlitten hatte. Das Schöffengericht hat dem Mann jetzt zu 21 Mark Geldstrafe verurteilt, wobei es ihm zumute hielt, daß er solche Folgen nicht beabsichtigt habe.

In Arietern findet Dienstag, den 26. April, Abends 7 1/2 Uhr, im Schulhaus eine Gemeindevertreter-Sitzung statt.

Die Breslauer Holzarbeiter gegen die Beitragserhöhung.

Gestern fand in ganz Deutschland die 11. a b s t i m m u n g über die Beitragserhöhung im Holzarbeiterverbande statt. In Breslau wurden insgesamt 1396 Stimmen abgegeben. Davon lauteten 688 auf „nein“, 538 auf „ja“. In anderen Orten ist jedoch überwiegend eine Mehrheit für die Erhöhung zu verzeichnen.

Achtung, Sattler!

Die Kollegen der Dreibriemenfabrik Nr. 10, Sadowitzstraße, stehen in einer Laubfütterung. Antrag ist streng fernzuhalten. Etwas Arbeitsangeboten der Firma sind zurückzugeben.

Streit der Dreher und Maschinenarbeiter bei der Firma Hermann ist beendet. Die Sperrung ist aufgehoben. Die Dreiverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes.

Pflanzenbutter ein neuer Butter-Ersatz!

Die anhaltende Steigerung der Naturbutterpreise hat mehr und mehr zur Verwendung geeigneter Butter-Ersatzmittel und namentlich der Pflanzenbutter-Margarine geführt. Von letzterer sind besonders beliebt von den Bergh's bekannte Marken

„Palmkrone“ und „Palmstolz“

die besten Naturbutter in jeder Verwendungsart gleichkommen. In allen einschläg. Geschäften erhältlich.

Brigg

Arbeiter-Konfektion.
Neumann, H., Apollstr. 1, D. Brigg.

Bäckerien und Konditoreien.
Schwarz, Karl, Bismarckstr. 57.
Schmidt, Karl, Neuhäuserstr. 38.
Höller, Hermann, Bismarckstr. 44.

Kudell, Herm., Raulauer-
Ring 26, Billigste Bezugswelle.
Schroder, für Remittis und Umbreit.

Bier-Bränerien.
Brieger Landbrauerei, Fern, Bogatzsch.
Brieger Stadtbrauerei, H. W.

Drogen, Farben, Verbindstoffe.
Jahn, H., Central-Druckerei, Bismarckstr. 1.

Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Wohl, Eugen, Hiltz, Mützen, Pelzwaren.
Schilling, Franz, Markt, Bismarckstr. 14.
Hilber, H., Poststr. 11/12 (Schuhwaren).

Kaufhäuser.
Bach, Arth., Bismarckstr. 30.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Schmidt, R., Schulstr. 13 (Reichend).

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufakturwaren, Konfektion.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufakturwaren, Konfektion.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Langestr. 27.
Kühn, Heinrich, Bismarckstr. 19, 11.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Stroh- u. Filzfabrik, Waschanstalt.
Stad. G. u. L., Poststr. 2 (Reichend).

Wäsche, Trikots, Herrenartikl.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Uhren und Goldwaren.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Zigarren und Zigaretten.
Burger, G., Bismarckstr. 4, ne. d. Schulstr. 13.
Wagner, Paul, Ring 9.

Bunzlau

Fahrräder.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Breuer, Joh., Ring 33, gutest.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Damen-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Hilfz. Mützen, Pelzwaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Damen-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Gefährlich und wöchentlich

Bier-Bränerien.
Brieger Landbrauerei, Fern, Bogatzsch.
Brieger Stadtbrauerei, H. W.

Bier-Bränerien.
Brieger Landbrauerei, Fern, Bogatzsch.
Brieger Stadtbrauerei, H. W.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Glas-, Porzell.- u. Spielwaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Hilfz. Mützen, Pelzwaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Langestr. 27.
Kühn, Heinrich, Bismarckstr. 19, 11.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufaktur- und Modewaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

Die anhaltende Steigerung der Naturbutterpreise hat mehr und mehr zur Verwendung geeigneter Butter-Ersatzmittel und namentlich der Pflanzenbutter-Margarine geführt. Von letzterer sind besonders beliebt von den Bergh's bekannte Marken

Bäckerien und Konditoreien.
Schwarz, Karl, Bismarckstr. 57.
Schmidt, Karl, Neuhäuserstr. 38.
Höller, Hermann, Bismarckstr. 44.

Kudell, Herm., Raulauer-
Ring 26, Billigste Bezugswelle.
Schroder, für Remittis und Umbreit.

Bier-Bränerien.
Brieger Landbrauerei, Fern, Bogatzsch.
Brieger Stadtbrauerei, H. W.

Drogen, Farben, Verbindstoffe.
Jahn, H., Central-Druckerei, Bismarckstr. 1.

Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Wohl, Eugen, Hiltz, Mützen, Pelzwaren.
Schilling, Franz, Markt, Bismarckstr. 14.
Hilber, H., Poststr. 11/12 (Schuhwaren).

Kaufhäuser.
Bach, Arth., Bismarckstr. 30.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Schmidt, R., Schulstr. 13 (Reichend).

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufakturwaren, Konfektion.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufakturwaren, Konfektion.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Langestr. 27.
Kühn, Heinrich, Bismarckstr. 19, 11.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Stroh- u. Filzfabrik, Waschanstalt.
Stad. G. u. L., Poststr. 2 (Reichend).

Wäsche, Trikots, Herrenartikl.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Uhren und Goldwaren.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Zigarren und Zigaretten.
Burger, G., Bismarckstr. 4, ne. d. Schulstr. 13.
Wagner, Paul, Ring 9.

Haynau

Fahrräder, Nähmaschinen.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Breuer, Joh., Ring 33, gutest.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Damen-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Hilfz. Mützen, Pelzwaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Damen-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Den Leuten bei Einkaufs empfehlen

Bäckerien und Konditoreien.
Schwarz, Karl, Bismarckstr. 57.
Schmidt, Karl, Neuhäuserstr. 38.
Höller, Hermann, Bismarckstr. 44.

Kudell, Herm., Raulauer-
Ring 26, Billigste Bezugswelle.
Schroder, für Remittis und Umbreit.

Bier-Bränerien.
Brieger Landbrauerei, Fern, Bogatzsch.
Brieger Stadtbrauerei, H. W.

Drogen, Farben, Verbindstoffe.
Jahn, H., Central-Druckerei, Bismarckstr. 1.

Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Wohl, Eugen, Hiltz, Mützen, Pelzwaren.
Schilling, Franz, Markt, Bismarckstr. 14.
Hilber, H., Poststr. 11/12 (Schuhwaren).

Kaufhäuser.
Bach, Arth., Bismarckstr. 30.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Schmidt, R., Schulstr. 13 (Reichend).

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufakturwaren, Konfektion.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufakturwaren, Konfektion.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Langestr. 27.
Kühn, Heinrich, Bismarckstr. 19, 11.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Stroh- u. Filzfabrik, Waschanstalt.
Stad. G. u. L., Poststr. 2 (Reichend).

Wäsche, Trikots, Herrenartikl.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Uhren und Goldwaren.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Zigarren und Zigaretten.
Burger, G., Bismarckstr. 4, ne. d. Schulstr. 13.
Wagner, Paul, Ring 9.

Striegau

Fahrräder, Nähmaschinen.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Breuer, Joh., Ring 33, gutest.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Damen-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Hilfz. Mützen, Pelzwaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Damen-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Wiktorsbach

Bäckerien und Konditoreien.
Schwarz, Karl, Bismarckstr. 57.
Schmidt, Karl, Neuhäuserstr. 38.
Höller, Hermann, Bismarckstr. 44.

Kudell, Herm., Raulauer-
Ring 26, Billigste Bezugswelle.
Schroder, für Remittis und Umbreit.

Bier-Bränerien.
Brieger Landbrauerei, Fern, Bogatzsch.
Brieger Stadtbrauerei, H. W.

Drogen, Farben, Verbindstoffe.
Jahn, H., Central-Druckerei, Bismarckstr. 1.

Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Wohl, Eugen, Hiltz, Mützen, Pelzwaren.
Schilling, Franz, Markt, Bismarckstr. 14.
Hilber, H., Poststr. 11/12 (Schuhwaren).

Kaufhäuser.
Bach, Arth., Bismarckstr. 30.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Schmidt, R., Schulstr. 13 (Reichend).

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufakturwaren, Konfektion.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Manufakturwaren, Konfektion.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Langestr. 27.
Kühn, Heinrich, Bismarckstr. 19, 11.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Stroh- u. Filzfabrik, Waschanstalt.
Stad. G. u. L., Poststr. 2 (Reichend).

Wäsche, Trikots, Herrenartikl.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Uhren und Goldwaren.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Zigarren und Zigaretten.
Burger, G., Bismarckstr. 4, ne. d. Schulstr. 13.
Wagner, Paul, Ring 9.

Waldenburger Industrieviertel

Fahrräder, Nähmaschinen.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Breuer, Joh., Ring 33, gutest.
Schmidt, R., Schulstr. 13, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Damen-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Hilfz. Mützen, Pelzwaren.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Damen-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Knaben-Gard.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Herren- u. Damen-Artikel.
Fischer, H., Bismarckstr. 12, Langestr. 5, 2. Stg.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung, Sonnabend, 23. April
Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Werner.

Auf der Tagesordnung stehen die von der wirtschaftlichen Vereinigung, der Reichspartei, den Nationalliberalen und der Volkspartei eingebrachten Gesetzentwürfe auf Gewährung von

Veteranenbeihilfe

von 120 Mark jährlich für die Kriegsteilnehmer die weniger als 600 Mark (im Entwurf der wirtsch. Vg. weniger als 500 Mark) Einkommen haben. Zur Deckung schlägt die Volkspartei Verminderung der Liebesgabe, die anderen drei Parteien schlagen eine Wehrsteuer vor.

Abg. v. Liebert (Npt.): Die alten Kriegsteilnehmer, die mit abnehmendem Opfermut das Reich mit gelinden Händen, sind der Fürsorge des Reichs in besonderem Maße würdig. Die von uns zur Deckung vorgeschlagene Wehrsteuer würde vom ganzen Volke als ein Mittel anschließender Gerechtigkeit begrüßt. Wie leicht solche Steuer eingeführt werden kann, erweist der Umstand, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliedern in Streitigkeiten Extrasteuern bis zu 10 Prozent des Lohnes auferlegen. (Sehr laut und Bravo! rechts.)

Abg. Windewald (wirtsch. Vg.): Es ist bedauerlich, daß nach dem vorjährigen Beschluß eine erneute Verhandlung der Angelegenheit notwendig ist, der Bundesrat hat aus ganz unbilligen Gründen zu jenem Beschlusse nicht Stellung genommen. Die Grenze von 600 Mk. ist nach unserem Dafürhalten gar zu niedrig. Auch sollte hier im Reichstage bei der Erfüllung einer so patriotischen Pflicht aller Parteiführer schweigen. Die freimütigen Vorkämpfer in der Deckungsfrage dem Vorschlage der anderen Parteien sich anschließen. (Bravo rechts! Zuruf bei der Vp.: Nehmen Sie doch unseren Antrag an!) Im Interesse der Einkommensschwachen ist unser Antrag auf Verminderung der Liebesgabe zurückzuführen und für die Normierung mit 600 Mark zu

Abg. Prinz Schönau-Carolath (nail.): Am guten Willen des Reichstags liegt es nicht, daß den Veteranen ihr Recht nicht geworden ist. Der Grund liegt anderswo. Es war kein Geld vorhanden, es ist kein Geld vorhanden, es wird kein Geld vorhanden sein (Weiterkeit und Zustimmung), so hieß es immer vom Bundesratsitz. Die alten Kriegsteilnehmer dürfen aber darunter nicht leiden. Redner spricht über den Gedanken der Wehrsteuer und erwähnt seine Anregungen in der Herrenhauskommission, die Kriegsteilnehmer aus der dritten in die zweite Klasse zu versetzen. (Zuruf bei der Vp.: Davon sollen sie wohl fast werden!) Diesen Kriegsteilnehmern verdanken wir es überhaupt, daß wir hier im Reichstage verhandelt sind. (Lebh. Beifall.)

Abg. Wieland (Npt.): Spricht den alten Kriegsteilnehmern die Sympathie seiner Kreise aus und bittet um Annahme des Antrags. Der gegenwärtige Zustand, wo viele Teilnehmer an dem glorreichen Kriege, dem Deutschland seine Einigkeit verdankt, im Elend leben, sei unbillig. Dem Gedanken der Wehrsteuer habe Redner früher sympathisch gegenübergestanden, habe sich jedoch von der Ungerechtigkeit dieser Steuer überzeugt. Weit besser sei es, die Brantweinliebesgabe zu vermindern, um das Geld für die Veteranen zu schaffen. Die Herren von der Rechten fänden hier Gelegenheit, ihre patriotische Opferwilligkeit zu beweisen. (Sehr laut links.) Wir erwarten auch, daß die Regierung unseren Antrag mit Sympathie gegenüberstellt. Jedenfalls müsse endlich den Worten die Tat folgen. (Lebh. Beifall links.)

Reichssekretär Wermuth: Wir sind in der Sorge für die Kriegsteilnehmer keineswegs lässig gewesen. Vielmehr steht Deutschland in dieser Beziehung allen Nationen voran. (Widerpr.) Redner rechnet aus, daß bis 1910 1494 Millionen Mark gezahlt sind, und daß im ganzen schließlich mehr als 2000 Mill. gezahlt sein werden. Die vorliegenden Anträge mit einer Normierung von 600 Mk. würden etwa 22 Millionen erfordern, und der Finanzplan enthalte hierfür keine Mittel. Die Forderung, der Reichssekretär möge einen Wehrsteuerentwurf ausarbeiten, sei ein Wort ohne bestimmten Inhalt. Jeder stelle sich unter einer Wehrsteuer etwas anderes vor. (Sehr richtig! links.) Im Jahre 1881, als die verbliebenen Regierungen einen Entwurf einbrachten, habe ich bei der Abstimmung nicht an der Höhe der Normierung etwas anzuwenden. (Sehr richtig! links.) Ein festes Versprechen zur Deckung hier also die allgemeine Forderung, einen Wehrsteuerentwurf vorzulegen, nicht. (Sehr gut! b. d. Vpt.) Der von den freimütigen Rednern empfohlene Weg aber solle wohl nur die hier vorhandenen Gegenstände erneut zur Erörterung bringen. (Zustimm. rechts.) Wenn nun Herr Windewald gemeint habe, der Reichssekretär müsse für Deckung sorgen, so sei das eine Rollenverteilung, die er (Redner) nicht akzeptieren könne. (Weiter.) Wer bestimmte Ausgaben will, muß auch für bestimmte Deckung sorgen.

Abg. Baulh-Cochem (Zentr.): Wenn ich auch garmisch glaube, so glaube ich doch, daß wir kein Geld haben. (Weiterkeit.) Trotz-

dem muß diese Sache erwogen werden. Die Mittel sollten die Kreise des Handels und der Industrie freiwillig aufbringen. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Arnstedt (konf.): Wir sind es den Kriegsveteranen schuldig, ihren Lebensabend zu verschönern. Redner räumt die Finanzreform und die wiederhergestellte gesunde Basis der Reichsfinanzen und kommt zu dem Schluß, an der Brantweinliebesgabe er dürfte freilich nicht partizipieren. (Zust. rechts.)

Abg. Schöpflin: Nach der Rede des Reichssekretärs wird wohl aus der ganzen Sache nichts werden. Er hat das Wohlwollen der Regierung für die Veteranen hervorgehoben und ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln. Zumal wenn die Regierung sich ihr Wohlwollen so wenig kosten läßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Von den 1500 Millionen, welche wir nach den Berechnungen des Reichssekretärs für die Veteranen ausgeben haben, sind zwei Drittel französisches Geld.

Wiederholt hat der Reichstag erklärt, es sei eine patriotische nationale Pflicht, für die Veteranen zu sorgen. Bei einer solchen Gelegenheit hat sogar Herr Dr. Arndt hier den feierlichen Schwur getan: Wenn die Veteranenfrage nicht gelöst wird, werde ich für meine Person weder für die ostafrikanische Bahn noch für die strategische Bahn stimmen, weil ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, bevor nicht diese Frage gelöst ist. — Ich will nicht so unhöflich sein, zu fragen, wie Herr Dr. Arndt seinen Schwur gehalten hat. Aber der Weg, den er zeigt, war ganz nett. (Weiterkeit.) Der Reichstag hat sehr wohl die Macht, seinen Willen durchzusetzen. Und wenn die bürgerlichen Parteien jetzt ihre Macht nicht anwenden, dann verdienen sie den Vorwurf, daß sie es einer nationalen Tat bei bloßen Worten bewenden lassen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Nun zum Gesetzentwurf selbst: Dringend muß geordert werden, daß bei der Gewährung der Beihilfe alle wörtlichen Motive ausbleiben. Das ist selbstverständlich. Aber leider wird es trotzdem nötig sein, daß wir es ausdrücklich in das Gesetz hineinschreiben. (Zustimmung bei den Soz.)

Wir selbst haben früher viel weitgehendere Anträge zugunsten der Veteranen gestellt. Wir wiederholen sie nicht, da sie ohne Aussicht auf Annahme sind. Doch möchte ich dringend bitten, die Summe von 120 Mark zu erhöhen. Man verzeihe nicht, daß alle Lebensbedürfnisse heute gegen das, was sie vor 10 Jahren kosteten, umgekehrt verteuert sind. Schon vor zehn Jahren bezogen wir mit Recht Graf Dietrich 120 Mark als zu wenig. Wir behalten uns Anträge vor.

Nun zur Deckungsfrage. Ersparnis: am Heeres- und Marine-Etat können sehr wohl gemacht werden. Ich weiß aber ganz genau, daß man sie nicht machen wird. Wohl aber möchte ich anregen, die 120 Millionen im Juliusturm, deren Bedeutung für die erste Mobilisierung ja heute niedriger eingeschätzt wird, als in dem Augenblicke der Veteranen anzufragen.

Daß die Regierung der Wehrsteuer ablehnend gegenübersteht, war bekannt. Mich wunderte es daher, daß die bürgerlichen Parteien, die ja sonst über die Stellung der Regierung orientiert sind, ... (Zuruf b. d. Npt.) ach so, Sie sagen, Sie haben keine so intimen Beziehungen mehr. Nun, alte Liebe rostet nicht, und wenn die Regierung nicht den Weg zu Ihnen findet, so werden Sie schon den Weg zur Regierung finden. (Große Weiterkeit.) Ich wundere mich also, daß man die Veteranenfürsorge mit Steuerbegrenzung, Deckungsvorschlägen verknüpft hat, von denen man weiß, daß sie keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich will nicht unhöflich sein. Ich will nur sagen: Draußen wird der Verdacht entstehen, daß man sie nicht ernst gemeint hat mit der Veteranenfürsorge und daß man sie durch diese Verknüpfung zu Fall bringen wollte. (Widerpruch.)

Nach ein paar Worte an Herrn von Liebert. Er hat es wieder fertig gebracht, die Gewerkschaften in die Debatte zu ziehen und von den hohen Streitbeiträgen zu sprechen. Wenn die Gewerkschaften diese Forderungen erheben müssen, so liegt das nicht zum wenigsten an den Freunden des Herrn von Liebert, an der aufstrebenden Presse seiner Partei. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ich sage zum Schluß, die bürgerlichen Parteien haben die Wehrheit hier im Hause. Wenn sie nicht den Veteranen geeignete Fürsorge gewähren und event. gegen die verbündeten Regierungen durchsetzen, so fällt auf sie die Verantwortung. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Baasche (Nail.): Ich muß entscheiden gegen die Behandlung des Vordrängers protestieren, daß wir die Veteranenfürsorge mit der Wehrsteuer verknüpfen, weil wir die Wehrsteuer für ausföhrlos halten. (Abg. Schöpflin: Das habe ich garmisch gesagt.) Die Regierung sollte diese Fürsorge einführen, wie sie bereit, für die Deckung zu sorgen. Der Staatssekretär hat die Sache zu leicht genommen. Aus ist es mit der Wehrsteuer ernst, und es ist Sache des Herrn Staatssekretärs, die richtige Form für diese Steuer zu finden. Die Verknüpfung der Liebesgabe ist ja doch ausföhrlos. (Bravo! bei den Nail.)

Reichssekretär Wermuth bekräftigt entschieden, daß er die Sache leicht genommen habe. Die vorliegenden Anträge liefern aber der Regierung keinen genügenden Anhalt dafür, was der Wille des Reichstages ist.

Abg. Baumann (Zentr.): Auch bei uns in Bayern ist die Erregung außerordentlich groß darüber, daß so viele Veteranen ohne Hilfe sind. Der hartnäckige Widerstand gegen den einmütigen Wunsch des Reichstages ist vollkommen unverständlich. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Arndt (Npt.): Es handelt sich hier nicht um eine Finanzfrage, sondern um eine Ehrensache des Reichs. Die Finanzverwaltung hat deshalb die Pflicht, für die notwendigen Mittel zu sorgen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Schöpflin ging auf meine Rede von 1901 zurück. Damals handelte es sich aber um etwas anderes als heute. (Widerpruch bei den Soz.) Auf Schöpflins protestieren muß ich gegen die Versicherung, wir hätten die Veteranenfürsorge mit der Wehrsteuer verknüpft, weil wir wählten, aus dieser nicht nichts. (Lachen bei den Soz.) Es ist bedauerlich, daß Herr Schöpflin sogar diese Frage zu einer Parteifrage gemacht hat. Das wollen wir zurück. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Nail.) schließt sich den Ausführungen des Vordrängers an.

Abg. Hilpert (Bauernbund) bezieht die Rede des Staatssekretärs als sehr bedauerlich, da wäre es schon besser gewesen, der Bundesratsitz wäre leer geblieben.

Abg. Dr. Wiemer (Vp.) In der Frage der Beihilfe selbst ist sich der ganze Reichstag einig, nicht aber in der Frage der Deckung. Wir haben erhebliche Bedenken gegen die Wehrsteuer. Für eine Verminderung der Liebesgabe war früher auch das Zentrum zu haben, jetzt hat es diesen Standpunkt verlassen, damit aber dem Reichstags die schwarze Flagge wehen kann. (Sehr laut! bei den Vp.) Wir sind übrigens auch bereit, die neue Wehrsteuer zur Deckung heranzuziehen. (Bravo! b. d. Vp.)

Abg. Schöpflin (Soz.): Herr Dr. Arndt hat es so hingestellt, als hätten wir die Einigkeit des Reichstages gefordert. Das war in keiner Weise der Fall. Ich habe sogar gesagt, daß wir auf weitergehende Anträge verzichten, und nur gebeten, die Unterfertigung von 120 Mk. zu erhöhen. Die Behauptung des Herrn Dr. Arndt ist illogisch und unrichtig. (Zustimmung b. d. Soz.)

Präsident Graf Schwerin: Diese Versicherung vertritt sich nicht mit der Ordnung des Hauses.

Abg. Dr. Rösche (konf.) verteidigt die Brantwein-Liebesgabe, ihre Aufhebung führe zum Ruin der kleinen Brenner. Bitten die Herren Freimütigen die Kolonialsteuer bewilligt, so hätten wir jetzt Geld genug. (Große Weiterkeit links.)

Die Debatte schließt. In der Sitzung darauf vorgenommenen zweite Lesung wird der Antrag Bebel (Soz.) auf Erhöhung der 120 Mk. auf 150 Mk. gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Wieland (Vpt.) abgelehnt.

Die gleichlautenden Anträge werden en bloc angenommen. (Zuruf links, daß das Gesetz am 1. Mai 1910 in Kraft treten soll.) Die Anträge zur Deckungsfrage werden heute abgelehnt, die Herabsetzung der Liebesgabe gegen Sozialdemokraten und Freimütige, die Wehrsteuer gegen Nationalliberale und Konservativen.

Das Kolonialbrauergesetz nebst einem Nachtragsetat wird beibehalten der Bundeskommision überwiesen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Kleinere Vorklagen) Schluß 7 1/2 Uhr.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Zur Reichstagswahl in Sauer-Landeskult.

Die Auslieferung der Wählerlisten im Kreis hat nach einer Abrechnung-Besprechung am Montag, den 2. Mai zu beginnen und zwar haben die Listen nach § 2 des Reglements mindestens acht Tage lang zu jedermanns Einsicht auszuliegen. Die größeren Orte unteres Wahlkreises, welche eine Abschrift der Wählerlisten wünschen, haben deshalb schon jetzt dahingehende Gesuche an die Magistrate und Ortsverwaltungen zu richten. Wir hoffen, daß die Behörden auch uns Entgegenkommen zeigen und gegen Erhaltung der Schreibföhrung die Abschrift zulassen werden. Selbstverständlich kann diese Maßregel nicht in jedem kleinen Orte durchgeführt werden, namentlich ist es Aufgabe aller Parteigossen — und deren sind heute überall zu finden — sich zu überzeugen, ob auch ihr Name in der Wählerliste verzeichnet ist. Aber nicht nur das! Es müssen auch diejenigen, die mit uns sympathisieren, mit uns Föhlung haben, mit uns eine Besserung der gegenwärtigen Zustände anstreben, alle Arbeitskollegen, Verwandte, Bekannte und Freunde, von denen man vermutet, daß sie uns ihre Stimme geben werden, auf die Wichtigkeit des Einsehens der Wählerlisten aufmerksam gemacht werden. Nur

Unser zweiter Zigeuner-Abend.

Der erste „Zigeuner-Abend“ hatte einen solchen Reichtum an Aufföhrungen, daß eine Wiederholung nicht nur lobend, sondern geradezu geboten schien. Und wiederum löste das in seiner bunten Fölle einseitige Programm eine selten gesehene Anziehungskraft: der große Saal des Gewerkschaftshauses war lange vor Beginn bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Auswahl der einzelnen Nummern war dieselbe geblieben; neu trat Herr Carl von Madar (aus Budapest) hinzu, der drei wieder mit ungarnischem Text zur Laute sang und auf stimmungsvollen Beifall ein weiteres Lied hinzusetzte. Durch die Weiterkeit des Herrn Groeger fielen dafür zwei Nummern fort. Das vorige Programm erweckte ebensolche Begeisterung wie am ersten Abend. Besonders reich wurden die Musikvortröge des Herrn Konzertmeister Hennrichs bedacht, der bereits mit Applaus begrüßt wurde; die gefanglichen Darbietungen des Fräulein M. M. (Stadttheater), sowie die vollendeten chorographischen Mimente der Gesangsleiter Alma und Otho Gröger wurden zum Teil zur Wiederholung verlangt. Großer Aufmerksamkeit erfreuten sich auch die vierstündigen, durch Herrn Kapellmeister Schenck und Markt ausgeföhrten Klavierstücke. Eine patriotische Einschränkung erlitt der am ersten Abend mit außerordentlicher Spannung verfolgte einleitende Vortrag des Herrn Albert; wegen Ueberfülle des Programms beschränkte sich der Vortrag: diesmal nur auf die wichtigsten Punkte. Der interessantesten Ausführungen und fand ebensolches bei den Höhrern lebhaften Beifall. — Am Schluß des Konzerts wurde darauf hingewiesen, daß für den 27. Juni, als dem hundertsten Geburtstag Freiligraths, eine eurythmische Föhrung in Aussicht genommen ist. Es ist zu wünschen, daß der hiesige Eifer des Arbeiter-Bildungs-Ausschusses durch einen teuren Zuspruch derjenigen Kreise belohnt werde, für die diese Veranstaltungen bestimmt sind.

Breslauer Schauspielhaus.

Later Lampe. Komödie in vier Akten von Emil Rosenow. Als letzte Neueinföhrung der am Ende gehenden Winterzeit brachte das Schauspielhaus am Sonntag das einzige Bühnenwerk unseres Landes so früh gekornten Rosenow heraus. Diese lustige Komödie ist stellenweise mehr wie eine Komödie. Sie ist namentlich im zweiten Akt ein gut beobachtetes und mit warmem Empfinden gezeichnetes soziales Bild, das uns mitten hinein versetzt

in das proletarische Elend der eragebirgischen Spielmannshausindustrie. Aber wenn auch hier der Sozialist Rosenow sich und empfindet, und sich es nicht versagen kann, hinter die heiteren Epöden einen dunklen Hintergrund zu setzen, so ist doch der Künstler in ihm zu stark, um den Agitator überlassen zu lassen. So wird uns dieses einzige Bühnenwerk unseres Genossen immer einen Genus bereiten. — Die Darstellung im Schauspielhaus war im allgemeinen recht gut. Vielleicht hätte Herr Gortler, der den Nummer 1 spielte, ihn weniger als Triton auffassen sollen, dann wäre seine Figur einwandfrei gewesen. Herr Leub statierte seinen Genurindovörderer zwar mit einer reichlichen Portion Stumpfheit aus, trotzdem kann man nicht sagen, daß er unnatürlich wirkte. Eine tragikomische Figur von unwiderstehlichem Humor gab Herr Kaproth als Gemeinbediener, dem in der Waslin, Fräulein Janzen, eine temperamentvolle Partnerin beigegeben war. Eine ausgezeichnete Leistung bot uns Herr Merendort als Vegetarier. Diese Figur war wirklich dem Leben abgelauscht und stand im Mittelpunkt des ganzen Abends. Herr Merendort leistete sich übrigens einen kleinen, sofort verfallenen und mit dementsprechendem Beifall aufgenommenen Witz. Als er mit echter Wendarmenschneidigkeit die den Gemeinbediener verhörenden Dorfbewohner zum Auseinandergehen auffordert, da kopierte er in solcher Exzesse den Stil des Berliner Polizei-Präsidenten von Jagow, daß die Zuschauer in stürmischer Weiterkeit und Beifall bei offener Szene ausbrachen. Recht gut gelang Herrn Parken der Brückträger und Herrn Klunberg und Fr. Falk das Ehepaar Schönberr. Den Fabrikanten Klunberg gab in recht guter Aufföhrung Herr Wagner. Die Kinderzene bei Schönberr war nicht realistisch genug, was um so mehr auffallen mußte, als die Regie des Herrn Gortler das Moment dieser Proletarierwohnungen möglichst natürlich geben wollte.

Aus aller Welt.

Mark Twain. Wenn wir uns amerikanischen Humor vorstellen wollen, so müssen wir an Mark Twain denken, den einzigen amerikanischen Humoristen, der auch in Europa, besonders in Deutschland, Geltung gewonnen hat. (Die „Volkswacht“ veröffentlichte vor geraumer Zeit ebenfalls einige Skizzen des Verstorbenen.) Es hat vor ihm und nach ihm amerikanische Humoristen gegeben. Aber wir kennen sie nicht. Er reprösentierte für uns die ganze Gattung. Lesen wir offen: Seine Abenteuerlichkeiten, Humoresken und Scherzreden imponierten zumeist durch ihre Ursprünglichkeit, durch die ebenso grotesken wie scheinbar selbstverständlichen Uebertret-

ungen. Es war literarisches Wild- und Irland, das er bestellte. In all den Clownsparaden und den ergötzlichen Tröden, die wir in anderer Weise bei den amerikanischen Artisten wiederfinden, aber glauben wir, den wilden Meilen durchzuführen: das Maßlose, durch eine Kultur und Konvention Besornte, das triebhaft Werbende einer ungebändgten Rasse...

In seinen Schreien hat Mark Twain in der humorvollen Umkleidung ein Bild seines eigenen Lebens gegeben, das typisch amerikanisch war für eine Zeit, da noch mancher Stamp glauben mochte, ein Stück Amerika für sich erobern zu können.

Samuel L. Clemens — so hieß der spätere Schriftsteller mit seinem angesehnen Namen — war am 30. November 1835 in der kleinen Stadt Florida im gleichnamigen Staate der Union geboren. Der Vater starb früh, und der mittellose Knabe mußte für sich selber sorgen. Er wurde Buchdrucker. Mit 17 Jahren staltete er um und wurde nun Postbote auf dem Mississippi, den er zwischen St. Louis und New Orleans besuchte. Seine Erlebnisse während dieser Zeit hat er später sehr anschaulich geschildert (wie ich? Lesen sie sich organisiert hat er darin u. a. beiliegend). Aus dieser Lebenszeit stammt auch ein Schriftstellername. Beim Baden wurde die gefundene Fische ausgegraben; man nahm (statt was) heißt nichts anderes als markiere zwei (Baden). Der Bürgerkrieg warf ihn aus dem schon gewohnten Gleise. Er wird Soldat, dann Sekretär eines Bruders, der Vizegouverneur von Nevada war, hierauf Buchdrucker. Schließlich findet er Unterföhrung als Reporter und Redakteur in Virginia City. 1861 ist er schon in San Francisco, wo er sich einen Namen als Humorist macht. Er geht nach den Sandwichinseln und später nach Europa und schildert seine Reisen (als die eines „Garmlosen“, der sich selber zum Opfer seiner Abenteuer macht). Von da ab ist er ein gemachter Mann, der sich auf seine Geschäfte und die Klänge wie nur einer versteht. Vorträge und Reisen folgen einander. Die Leser der Reichspresse werden mit zum Teil erfundenen Zwischenfällen und Anekdoten reicher als bei den bedeutenden regierenden Zeitgenossen. Mark Twain spielt schließlich als Bankrottredner auf öffentlich die Rolle eines Humoristen, die manchmal an die eines Garmstürmers erinnert. Da sein Privatleben prosper bleibt und seine Erzählungen sich im Rahmen der bürgerlichen Moral bewegen, trotz er eine literarische Nummer ersten Ranges. Der Abenteuer von einst gehörte lange zur guten amerikanischen Gesellschaft, und seine Einnahmen konnten sich sogar drüben sehen lassen.

Donnerstag Nacht ist Mark Twain in Redding (Connecticut) auf seinem Landgut gestorben, auf den er sich vor einer Reise zurückgekehrt war.

... eine Sitzung abgebrochen hat und daß gerade diese Sitzung recht schwer ins Gewicht fallen kann. Jeder Wahl er kann nur dort wählen, wo er zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten wohnte und dort eingetragen ist. Vom Tage der Aufstellung der Wählerlisten, bis zu deren Beendigung, also auch der Stichwahlen, hat jedermann das zweifelsfreie Recht, alle Arten von Wahlzetteln zu schreiben: Flugblätter, Zeitungen, Stimmzettel usw. Aberall, wo in geschlossenen Räumen als auch auf öffentlichen Plätzen, Straßen, Plätzen und anderen öffentlichen Orten zu veröffentlichen. Wählerverhandlungen unterliegen nicht der vollständigen Anpreisungspflicht. Für Verlautbarungen unter freiem Himmel muß jedoch 48 Stunden vor Beginn derselben die Genehmigung nachgesucht werden.

Zeitliche Wahlbeeinflussung.

Die Eisenbahndirektion in Posen hat folgende Verfügung erlassen: „Die uns bekannt geworden, hat eine Anzahl von Staatsbahnenbeamten und Arbeitern sich an den Wahlen zu Stadtverordneten und Gemeinderäten ohne ersichtlichen Grund nicht beteiligt. Wir bringen daher unsere Verfassung vom 16. September 1908 in Erinnerung mit dem Hinweis, daß von jedem Eisenbahnenbediensteten die Erfüllung der ihm in dieser Hinsicht obliegenden nationalen Pflicht, selbst wenn das Ergebnis der Wahl von vornherein unzweifelhaft zu sein scheint, erwartet werden muß.“

Diese dringende Aufforderung an die Angehörigen, sich an der Wahl zu beteiligen, wird dadurch besonders verständlich, daß diese Wahlen öffentlich sind, so daß die Stimmabgabe kontrolliert werden kann. Nach den Erfahrungen in Katowitz weiß man, daß die Eisenbahnerverwaltung sich nicht scheut, die Kandidaten zu belästigen, sobald sich ein Angehöriger erlauben will, Kandidat zu wählen, der der Verwaltung nicht angenehm ist. Unter diesen Umständen ist die Aufforderung der Eisenbahndirektion als eine amtliche Wahlbeeinflussung anzusehen.

Ueber polnische Parlamentschwänzeri

Wie in polnischen Blättern aus neuer Lage gefloht. Der „Dziennik“ berichtet nämlich, daß in der Montags-Sitzung des Abgeordnetenhauses (Beratung des Antiskandals), wo Abg. Prödel sich eine große Rede über polnische Schulverhältnisse hielt, nur zwei polnische Abgeordnete anwesend waren, die Herren Dr. Gumann und Professor Schröder. Dem Polen „Dziennik“ erweist die Nachricht nicht recht glaubwürdig, weil er nicht annehmen kann, daß selbst bei den allerwichtigsten Anlässen die erwähnten Vertreter des Volkes ihrem Sprecher durch Abwesenheit ihre moralische Unterstützung verweigern. Als ob nicht die Polen schon bei der Abstimmung über die Reichsfinanzreform aus dem Hause gebummelt hätten — voran der Herr Konstanty!

Brieg, 25. April. Ein größeres Schabenfeuer ausfallend am Freitag in der Breslauer Straße im Lagergebäude des Hohenhainmannschen Scholz. Es verbrannten große Feuer- und Strohhäuser. Die Feuerwehre hatte mehrere Stunden an der Brandstelle zu tun. Drei Feuerwehrleute erlitten Verletzungen.

Guhrau, 24. April. Aus dem Baugewerbe. Augenblicklich ist die Konjunktur im Baugewerbe speziell am Orte und in der Umgebung eine ganz besonders gute. Trotzdem war auch in den vorhergehenden Jahren ein fühlbarer Mangel an Arbeitsgelegenheit nicht vorhanden. In der Nähe von Guhrau und Jannitzer waren immer noch gesucht, daher auch das große Lehrlingsangebot bei den Unternehmern. Speziell vom Lande wurde ein großes Kontingent gestellt, jeder in der Wirtschaft irgendwo entbehrliche junge Mann ging zum Bauhandwerk über. Die verhältnismäßig billige Unterhaltung dieser Leute machen sich natürlich die Unternehmer zunutze, das Kostgeld — pro Stunde 6—9 Pfg. für Schicht — erscheint manchem schon als hoher Lohn, was Wunder, wenn nach dreijähriger Lehrlingszeit bei 25 Pfg. Stundenlohn viele glauben, das höchste erreicht zu haben. Diese bilden natürlich das Kernstück in weiteren Ansprüchen an höhere Löhne, und eine Herabsetzung ihrer Ansprüche tritt nur ein, wenn sie sich aus diesen oder jenen Gründen endlich dazu bequemen, auch anderweitig ihr Glück zu versuchen. So kam es, daß durch den unvermeidlichen Zugang von außerhalb auch im hiesigen Kreise endlich der Gehaltsaufschwung, höhere Lohnansprüche zu stellen, jedoch der Stundenlohn für Meister und Zimmerer zurzeit 22—23 Pfg. beträgt. Von Hochzeitsfahrten, Organisation, Verkürzung der Arbeitszeit usw. war wenig zu hören, die Poliere, die über die Fernhaltung aller dieser Dinge ängstlich wachten, wurden von den Meistern freudig unterstützt. Durch die Wohnungs- und Lebensmittelverknappung der letzten Jahre, die projektual über die Lohnzulagen behauptet hinausgingen, durch den jüngsten Konjunktur der Junger auch ihre schmalen Löhne in Gestalt indirekter Steuern, wurden endlich auch diese Stimmen aufgeführt, und nun scheinen die Kollegen zu der Einsicht gelangt zu sein, daß nur durch Zusammenwirken und Einigkeit unter sich, zeitgemäße Forderungen durchgesetzt werden können. Das andernorts möglich war, muß hier auch versucht werden. Mit großer Wärme ist es gelungen, eine Anzahl Kollegen von dem Wert der Organisation zu überzeugen, die Zahlstelle des alle Kategorien des Baugewerbes umschließenden Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hat zurzeit bereits 80 Mitglieder, und die leider noch allgemeine Ansicht, daß es ja doch nicht wert ist, dürfte nicht mehr begründet sein. Das dritte große Ziel des Unternehmerrates, macht erst recht die Einmütigkeit aller Kollegen erforderlich, und bei einigermassen festem Zusammenhalten ist ein glücklicher Ausgang und ein Sieg der Arbeiter selbstverständlich.

Ob sich die hiesigen Baumeister der Unternehmer-Organisation anschließen werden, ist im Hinblick auf die vielen angelegenen Bauten unabweisbar. Sie werden sich für die „erdbrüderliche“ Freundschaft jener Großen jedenfalls dankbar, trotzdem bekannt geworden ist, daß ein auswärts (Attendorf) Unternehmer kürzlich einen organisierten Maurer wegen seiner Verbandszugehörigkeit nicht eingestellt hatte. Hoffentlich werden die hiesigen Bauarbeiter auch ihre ausgesprochenen Kollegen nicht verfehlen und fremde die paar Großen als Entgelt zusammenhalten, damit diese nicht ganz der Willkür der großen Bauherren ausgeliefert sind.

Landeshaat, 24. April. Was liegen die Ursachen? Bei der im Kreise Landeshauptmanns Ratgebenden Diskussion kamen 740 Mißverständnisse zur Sprache. Von diesen war das 148 als langjährig bestehend zur Einstellung in den Kreis. Die Ämter wurden der Erbschaft oder dem ja dann überwiegen, für den nach unten erklärt oder ein Jahr zurückgestellt. Von den vorerwähnten Kandidaten werden somit voraussichtlich nur rund 19 Prozent zur Einstellung gelangen. Der in der Stadt Landeshauptmann erweist Projektion bleibt hinter dem Gesamtergebnis des Kreises sogar noch zurück.

Was man nicht leicht schenken nicht würde. Bei den erheblichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen, gerade mit neuen in diesen Stunden ist eben der Arbeiter nicht mehr in der Lage, seinen Hunger zu bekämpfen, die er anständig gemacht. Man sehe sich doch einmal die ausgedehnten, hochmütigen Gehälter der ersten Bediensteten an und man kann über die Ursachen des Unwohlseins durchaus nicht im Zweifel sein.

Grätz, 25. April. Schülerelbstmord. In der Nähe der Pöschke wurde Sonntag die Leiche eines Schülers einer hiesigen Mittelschule gefunden. Es liegt ein Schuß durch die Brust vor. Das Motiv ist unbekannt.

Garz, 24. April. Selbstmord beging die Frau des England-Verkaufers Gumbel. Der Herr Gumbel war ein sehr beliebter, gemeinnütziger und fleißiger Mann, der ein ganz feines, gemütliches Leben führte. Er war ein sehr fleißiger Mann und hatte in der Gemeinde in hohem Ansehen. Er hinterließ der Frau viel Schulden, die bei seinem Tode nicht gedeckt werden konnten. Die

Freiburg, 26. April. Eine anfallige Veräußerung. Vor hier ist wieder Erwarten der Verkaufslauf in diesem Jahre verboten worden und zwar ohne jegliche Begründung. Auf das Verbot des Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates gingen demselben lautenden Schreiben zu: „Der zur Veranstaltung eines Unfalls am 1. Mai d. J. auf Grund der Bestimmungen im § 7 des Reichsvereinsgesetzes erlassene und nachgehende Genehmigung kann diesem nicht erteilt werden, weil mit Rücksicht auf den Ministerialerlass vom 12. Juni 1909 auf Anordnung der vorgelegten Dienstbehörde die Genehmigung zur Veranstaltung von Maifesten verboten worden zu sein zu verstehen ist.“

Wie sind nun wirklich gesamt, wie die Herren Landräte von Schwaben und Württemberg, wozu ist diese Beschränkung abgegangen ist, das Verbot begründet werden. Der vorläufige Maifestertrag ist nunherauf verfallen, trotzdem sich der Ruf an der polnischen Grenze ausbreiten muß, da wir von dort keine Genehmigung erhalten hatten. Also durch einen Ministerial-Erlass soll einfach der § 7 des Reichsvereinsgesetzes aufgehoben werden. Arbeiter Freiburg! Den besten Protest geben wir am 1. Mai dadurch, daß wir uns in noch nie dagewesener Massen an der Maifeste beteiligen.

Schwabmühl, 25. April. Alles wird abgelehnt. Die vom Gewerkschaftsrat nachgehende Genehmigung zur Veranstaltung eines Maifestes ist von der Polizeibehörde verweigert worden. Zur Begründung müssen herhalten, 1. die herrschende Ordnung in Folge des preussischen Wahlrechtsänderungs, 2. die Ausdehnung der organisierten Bauarbeiter, 3. — man lache nicht — die Ausdehnung in Wabernburg und 4. würde die Arbeitgeberklasse in Unruhe und zum Teil sogar in Erbitterung geraten. Schlussfolgerung: „Gefahr für die öffentliche Sicherheit.“

In diese heisse Haut der Magistrat, der ein Besuch des Gewerkschaftsrates um Ueberlassung eines städtischen Platzes zu einer öffentlichen Versammlung am 1. Mai ebenfalls abschlägig beschied hat. Magistrat und Polizei werden sich nun vergnügen schmeichelnd die Hände reiben; haben sie doch auf die einfache Weise die Maifeste abgemurrt und den Staat gerettet. Infolge dieser arabischen genialen Taktik beschloßen denn auch die hiesigen Sozialdemokraten, am 1. Mai hinter dem Ofen zu demonstrieren.

Posen, 25. April. Ein gefährlicher Kinderfreund. Wegen vollendeten Sittlichkeitsverbrechens an Schulmädchen wurde der Inhaber des hiesigen Zoologischen Gartens Johann Wilkowitzky von der ersten Strafkammer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Posen, 25. April. Aus dem Fenster gekracht! Sonntag Vormittag stürzte sich die Anfang der vierziger Jahre liegende Ehefrau des hiesigen Synagogendirektors Adolf Chodajewski, St. Adalbertstraße 6 wohnhaft, von dem Flurfenster des 4. Stockwerks auf den asphaltierten Hof und blieb hier mit zerstückeltem Kopfe als Leiche liegen. Vorher hatte sie sich noch die Pulsadern durchgeschnitten.

Schiff. Sonntag früh wurde das Dienstmädchen Sackowska in der Wohnung ihrer Dienstherrin erstickt aufgefunden. Sie hatte beim Schlafengehen vergessen, das Licht auszulöschen. Dadurch geriet das Bett in Brand und durch den entstehenden Qualm erstickte die Bedienstete.

Hohensta, 25. April. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang erriete sich Sonnabend Vormittag auf dem hiesigen Bahnhofs. Ein bei den Ueberführungsarbeiten beschäftigter Arbeiter wurde von Krämpfern befaßt und fiel, ohne daß es die Mitarbeiter beobachteten, in einen mit Wasser gefüllten Graben. Als er dort von einem Arbeiter gefunden wurde, war er bereits tot.

Aus Oberschlesien.

Der „vornehme“ Ton der Königshütter Bäderinnung.

Die Mittwelt hat keine Ahnung, was für schwerige Aufgaben eine Innung zu lösen hat. Ein und wieder bringt einmal eine Gerichtsverhandlung über die vielzeitige Tätigkeit etwas Licht. So erregt es auch der Königshütter Bäderinnung.

Es ist allgemein bekannt, daß die Herrn Innungsmeister große Gegner vor allem von gesetzlichen Bestimmungen sind, die den Arbeiter vor allzu großer Ausbeutung schützen wollen. Der Bädermeister Gärtner hatte nun das Unglück, einen Gesellen zu haben, der schauerlich war als er, und der sich die ewige Ueberarbeit, die noch nicht einmal bezahlt wurde, aufseignete. Herr Gärtner mußte für Ueberarbeit 20 Mark bezahlen und da er den Gesellen sofort entließ, verurteilte ihn das Bezirksgericht noch zur Lohnzahlung für die gesetzliche Mindestzeit. In der nächsten Innungsversammlung soll Gärtner nun den Gesellen „Lump“ genannt haben, weswegen er sich vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung zu verantworten hatte. Natürlich bestritt Gärtner, die beleidigende Aeußerung getan zu haben. Von den zahlreichen Entlassungszeugen, deren Aussagen sehr unbestimmt waren, meinte er, der Zwischenruf „Lump“ sei aus der Versammlung gefallen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte einer der Zeugen: „Derartige Redensarten sind unter Innungsmeistern nichts Seltenes, und werden nicht tragisch genommen.“

Ein anderer Zeuge bemerkte, daß, wenn über die „Gehlen“ gesprochen wird, niemand hindere, sondern alles durcheinander rede, weil für die Gesellen kein Interesse sei. Obermeister Spottka lagerte sagte: „Es geht in den Versammlungen immer ruhig und anständig her (die Sitzungen, in denen es einen Kadav gibt, die fast zu Schlägereien führen, sind hier doch wohl nicht mit eingerechnet?).“ Die beleidigende Aeußerung würde er als Obermeister rügen.“ Sehr interessant war die Befundung des Schöffengerichtes, daß diejenigen Gesellen, die den Meister wegen Ungehorsamkeiten anzeigen, in der Innungsversammlung genannt werden, und vor ihnen gewarnt, sie zu bestrafen, seit Jahren in Uebung sei!

Bädermeister Schwan, der letzte Arbeitgeber des beleidigten Gesellen, beklagte dem gegenüber, daß Gärtner die Aeußerung „Lump“ bestimmt gesagt hat. Dabei blieb er, denn er hätte, da der Geselle bei ihm beschäftigt war, ein großes Interesse gehabt und genau auf jedes Wort geachtet.

Nachdem Gärtner dem Gericht noch erzählt hatte, daß er der Verfolgung der „Sozialdemokratischen“ Blätter sei, daß er den Brüdern es aber ordentlich gegeben habe, wurde er, wie er nicht anders zu erwarten war, freigesprochen.

Das Gericht war der Meinung, daß die Meister ein Recht haben, vor Gesellen zu warnen, die einen Meister wegen Gehorsamsverletzung angezeigt haben. Das Gericht das Wort „Lump“ gebraucht habe, sei durch die widersprechenden Aussagen nicht mit Bestimmtheit festgestellt.

Rum weiß man wenigstens, was in den Innungsversammlungen getrieben wird und was sie da sind. Wenn die Herren aber glauben durch derartige Dinge die Gesellen weiter über die ohnehin sehr lange gesetzliche Arbeitszeit auszubeten, dann haben sie sich getraut. Wir werden die Liste derjenigen Meister, die jeden Tag das Gesetz durch Ueberarbeit übertreten, der Öffentlichkeit übermitteln. Die Königshütter Arbeiterchaft hat ein großes Interesse, diese Herren Meister kennen zu lernen.

Schlagballe, 2. April. Parteiverammlung. Eine Sitzung der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereines findet am Dienstag, den 2. April, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Ringstr. 2, statt. Die sehr wichtige Tagesordnung, darunter die Beratung des Genossen Böcking-Beuten O.-E., erfordert es, daß die Mitglieder pünktlich erscheinen. Anwesenheit vor der Versammlung im Saal.

... die Arbeiterbewegung. Nr. 1. Die hiesige Polizei durchaus den Ruhm für sich im Anspruch nehmen, in unbedingten Versammlungsausschüssen maßbetreffend zu sein. den hiesigen Baderstellen wurde vor etwa einer Woche so der Handzettel verteilt: „Achtung! Baderreise von Beuthen und Umgebung! Mittwoch, den 20. Nachmittags 4 Uhr, im früher Rosenthalischen Lokal, Klusonstraße, Ecke Krakauerstraße, Baderversammlung! Einordnung: Was lehren uns die augenblicklichen Streiks im Badergewerbe? Alle Kollegen werden höflichst eruchtet, pünktlich zu erscheinen und bekannte Kollegenzugehörigen.“

Raum hatte die Versammlung angefangen, da erschien schon ein Kommissar mit einem Kriminalbeamten und löste die Versammlung, weil sie eine politische (1) sei auf.

Die Versammlung war eine rein gewerkschaftliche, eine Einladungszettel (der ja auch gewiß der Polizei vorlag) mit dem Inhalt: „Die Versammlung eine politische gewesen nur auf Grund welchen Rechts hat man sie dann aufgelöst? Die Beuthener Polizei wirklich nicht den § 6, Absatz 2, und § 14 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 fern? Eintritten registrieren wir diese Sache zu den vielen anderen.“

Nr. 2. Am gleichen Tage sollte im selben Lokal, dem Inhaber steht ein Herr Sittenfeld ist, eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereines stattfinden. Vor Beginn der Versammlung erschien Herr Sittenfeld und erklärte mit lauter Stimme: „In meinem Lokal dürfen keine Versammlungen mehr stattfinden, denn die Polizei hat mir ein Schriftstück geschickt, das mein Lokal nicht mehr als Versammlungsort geeignet ist, und daß Versammlungen nicht abgehalten werden dürfen.“ Wir können uns garnicht vorstellen, die Polizei ein solches Schriftstück geschickt hat, denn das wäre die Krone aller Ungehorsamkeiten. In Versammlungen von geschlossenen Gesellschaften, hat die Polizei doch überhaupt nichts zu sagen es sei denn, die Versammlungsräume bieten eine Gefahr für Leben und Gesundheit für die Versammlungsbesucher. In allen von der Polizei zum Wohnen freigegebenen Häusern, wo auch die Gastwirtschaften usw. gehören, kann die Polizei solches Verbot nicht erlassen. Ob nun Herr Sittenfeld sich die angeblichen (ungeheuerlichen) Verbot fügt, oder ob er sie Phantasie spielen läßt, um sich bei der Polizei beliebt zu machen, lassen wir dahingestellt, jedenfalls hat organisierte Arbeiterschaft keine Lust mehr, ihre Großen Herr Sittenfeld hinzuzuziehen. Alle Mitglieder gingen jetzt in anderes Lokal, wo die Versammlung statt verlief. Der Verein im Sittenfeldischen Lokal aber sammelte tränenreiche Augen: „Hören Sie, was ich für einen Schaden habe! Seider werden viele Witze die Erfahrung machen müssen, bis sie endlich die Mut finden werden, die behördlichen Beeinflussungen gebührend zurückzuweisen.“

Stettin, 24. April. Todesurteil. Die wegen Ermordung ihres Schwiegervaters angeklagten Kunigunden Geheule a. Groß-Grauden, Kreis Posen, wurden vom hiesigen Schwurgericht zu 10 Jahre verurteilt.

Neustadt O.S., 21. April. Die letzte Parteiliche Versammlung beschäftigte sich mit der endgültigen Stellungnahme zur diesjährigen Maifeste. Nähere Arrangements konnten nicht getroffen werden, da für den nachgelagerten Umfang bisheriger Genehmigung noch irgend welcher Beschluß ausgegangen ist. Hierbei wurde den Delegierten zur Pflicht gemacht, für reichhaltige Beteiligung ihrer Organisations an der Maifeste Sorge zu tragen. Als Ersatz für die Bibliothek wurde Genosse Rother gewählt. Da die Tabakarbeiter während der letzten Quarantäne wieder ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, noch sich an deren Sitzungen beteiligen haben, soll der Ausschuss beantragt werden.

Genosse Arbeitergeber. Genosse Ritterer wohnt seit 8 Jahren in der Janus'schen Schiffsfabrik tätig und hat im verfloßenen Winter die Heilanstalt Hohenstaube zur Genesung seiner Gesundheit aufsuchen müssen. Vorher war ihm von seinem Arbeitgeber die bestimmte Zusicherung gegeben worden, daß er nach seiner Genesung in seinem Betriebe wieder beschäftigt wird. Am 9. April meldete sich auf Verlangen des Herrn Janus Genosse R. zur Aufnahme der Arbeit, wo ihm zum Entschauen seine Papiere eingehändigt wurden mit dem Vermerk, daß er angenommen wegen Arbeitsmangel nicht wieder beschäftigt werden könne. Hierbei wurde ihm eröffnet, daß die 2 Wochen der gesetzlichen Kündigungsfrist abgelaufen waren, wenn er wolle. Was den Lohn so fromm wie patriotisch klingen Feuerwehrraumtann bezogen hat, seinem dem R. gegenüber abgegebenen Versprechen untreu zu werden, vermag man schwer zu erkennen, aber die abgegebene Zusicherung wegen Arbeitsmangel blühte weniger glaubwürdig erscheinen. Solche Verhältnisse müßten doch endlich der Neustädter Arbeiterchaft in allgemeinen die Augen öffnen und derselben zum Bewußtsein bringen, daß ihre der Rücksicht nur in der Organisation der freien Gewerkschaften gegeben ist.

Neustadt O.S., 21. April. Eine allgemeine Schumannsche Versammlung beider Organisationsverbände am 19. April statt. Gaukler Grunow vom Zentralverband der Schuhmacher und Rabus vom christlichen Verband referierten über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung. Seit dem 1. März, wo die Lohnforderungen eingereicht wurden, haben die Fabrikanten noch immer nicht ihre Beratungen beendet. Nach W. lungen, die die Ortsverwaltungen erhalten haben, sollen im Laufe dieser Woche die Beratungen beendet werden. Nach Prüfung der Lohnsätze durch die Kommissionen soll eine gemeinsame Sitzung zwischen Fabrikanten und Arbeiter-Organisationen zwecks weiterer Beratung, bezw. Verständigung stattfinden. Die Diskussion ergab, daß die Sympathie der Neustädter Einwohner den Arbeitern gehört. Es ist doch verständlich, denn von den niedrigen Einkünften der Neustädter Schuhmacher kann die Gesellschaft nichts profitieren. Im Schlußwort wies Genosse Grunow auf die Auslieferung im Baugewerbe hin und empfahl den Anwesenden hieraus die nötigen Lehren zu ziehen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Zustunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

B. Bohrauerstraße. Sie haben alles getan, was Sie als Vorstand tun mußten. Was jetzt verlangt wurde, brauchen Sie nicht anzusehen.

W. H. H. H. Schreiben Sie beim Landrat Beschwerde.

B. Rawitsch. 1. Die Frau allein bekame während des Zeitverlaufs die Hälfte des Krankengeldes. 2. Die Invalidentend würde jährlich etwa 160 Mark betragen. 3. Sie brauchen die wichtigsten Reichs- und Landesgesetze und die Polizei-Verordnungen für die dortige Gegend.

Alter Abonnent Dieser Kasse ist nicht zu trauen.

B. Mathiasstraße. Ihr Sohn braucht nicht mehr in die Anstalt zurück zu gehen.

H. R. 155. An Frauen wird die Hälfte der Versicherungsbeiträge innerhalb eines Jahres nach der Beschließung zurückgezahlt, wenn mindestens 200 Mark vorher gezahlt worden sind.

B. B. 100. 1. Sie haben die Versicherung zu besorgen. 2. Das uneheliche Kind hat von dem Rahlitz der Mutter seinen Teil zu fordern.

B. H. Guterhäufer. Von den Geheimhaltungen, die bei der Schandemonstration „idiot“ waren, waren aus bekannt die Herren Seifert, Arns, Schmidt, Hammermeister, Steffen, Berlin und Finger.

Edmannsdorf. Nach Ihren Angaben erscheint das Wiederansuchen-Verfahren zulässig. Uebergeben Sie die Sache einem Rechtsanwalt.

H. S. Berliner Schenke. Sie sind nicht verpflichtet, den Schaden zu tragen, da Sie ihn nicht angerichtet haben.